

ROTE ANNELIESE

Spitalpfusch: Polizeiliche Ermittlungen in Visp › 3

Burgerbad: Freistellungen waren missbräuchlich › 3

Fournier: Fremdenkontrolle ausser Kontrolle › 8

Zweitwohnungs-Boom: Klotzen für die Engländer



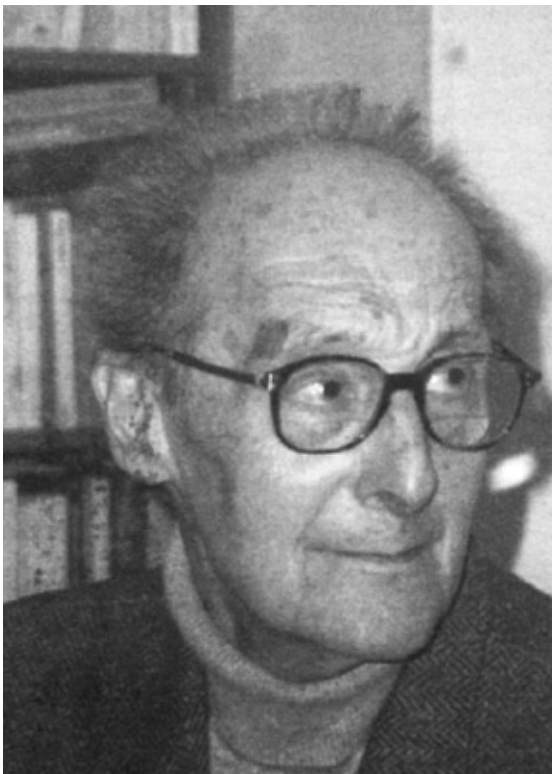
SEITE › 4

Frecher Berner Strombaron: Oberwalliser Politiker blieben stumm!

SEITE › 12

Knallharte IV-Stelle: Neat-Arbeiter muss sein Haus verkaufen

SEITE › 6



André Gorz:
Kapitalisierung
des Wissens

SEITE › 16

Macht und Ohnmacht der CVP

Die Macht der CVP (inklusive CSP) manifestiert sich am deutlichsten in ihrer Ohnmacht. Nach der Phase der kritiklosen Phantasterei und Schlamperei folgte meist der Absturz auf dem Fuss. **Otto G. Loretan** zum Beispiel: Vom Oberwalliser CVP-Blatt bis zur bitteren Neige gefeiert, nagelt der Goldjunge vom Warmwasserstrand heute Kisten in Crêtelongue. Die Ohnmacht der CVP zeigte sich ebenfalls in den Dossiers der Lehrpensionskasse, der WKB-Dorsaz-Affäre und der Walliser Elektrizitätsgesellschaft (WEG). Jedesmal kostete die Misswirtschaft der CVP die Walliser SteuerzahlerInnen Hunderte von Millionen.

Ein weiteres Beispiel für die Ohnmacht der CVP sind die Zustände im Baudepartement. Der alltägliche Stau in Visp ist die Folge des Chaos im Departement des CVP-Staatsrates **Jean-Jacques Rey-Bellet**. Vor lauter Komma-Kontrollen hat der pingelige Buchhalter die Übersicht über den ganzen Laden längst verloren. Die Oberwalliser Gelben und Schwarzen marschierten immer fleissig mit. Bis auf wenige Ausnahmen!

Auch die Missstände in der Raumplanung und dem Zweitwohnungsbau übersteigen das eidgenössische Mass bei weitem. Bereits vor zehn Jahren sind die alarmierenden Zahlen der Arealstatistik des Bundes erschienen. Nichts geschah. Erst jetzt ist Staatsrat **Jean-Michel Cina** aufgewacht, nachdem unabhängige BürgerInnen in Zermatt das Zepter selbst in die Hand nahmen. Aber in Leukerbad geht die

Klotzerei unter der Regie der CVP ungehindert weiter.

CVP-Staatsrat **Jean-René Fournier** hatte am OGA-Podium grosse Mühe, den Leistungsausweis zehnjähriger Staatsratstätigkeit darzulegen, was nicht nur an seinen Deutschkenntnissen liegen konnte. Im Strafvollzug beispielsweise sind die Zustände katastrophal. Soziale und medizinische Dienste fehlen fast ganz. Dasselbe bei der kantonalen Fremdenkontrolle, welche man gelinde gesagt als völlig veralteten Saftladen bezeichnen kann. Auch mit dem Rechtsstaat nimmt es der Justizminister der Bananenrepublik nicht so genau. Selbstherrlich setzte er sich über ein Verbot des Kantonsgerichtes hinweg, als er den Abschuss eines Wolfes anordnete. Und der rechtskräftig verurteilte Briger Konkurs- und Betriebsbeamte Paul-Bernhard Bayard kann mit Fourniers Segen munter weiterarbeiten.

CVP-Nationalrätin **Viola Amherd** gibt in Bern Voten im Interesse der AKWs ab und CVP-Ständerat **Rolf Escher** will im Interesse der Strombarone die Wasserzinse liberalisieren. CSP-Ständeratskandidat **René Imoberdorf** spielt an seiner OGA-Rede hemdsärmelig die Folgen der Klimaerwärmung herunter und schweigt, wenn ein Berner Strombaron eine Standpauke gegen die Wasserzinsen hält. Kann sich das Oberwallis so viel Ohnmacht noch leisten?

Kurt Marti

Spitalpfusch:
Polizeiliche
Ermittlungen
SEITE > 3

Burgerbad:
Freistellung war
missbräuchlich
SEITE > 3

Leukerbad:
Klotzen für
die Engländer
SEITE > 4

IV-Stelle:
Neat-Arbeiter
zum Sozialamt
SEITE > 6

Fremdenkontrolle:
Gianadda ausser
Kontrolle
SEITE > 8

Radio Rottu:
Gebühren-Million
hat einen Haken
SEITE > 9

Wasserzinse:
Frecher Berner
Strombaron
SEITE > 12

J.P. D'Alpaos:
Konzertevent
des Jahres
SEITE > 14

Philo-Aktuell:
Hölle und Moral
SEITE > 15

André Gorz:
Kapital und Wissen
SEITE > 16

Spitalpfusch: Doris Hischier reichte Strafklage wegen Körperverletzung ein Polizeiliche Ermittlungen gegen die betreffenden Spital-Ärzte

VISP – Infolge einer fehlerhaften Behandlung im Spital Visp bleibt die Patientin Doris Hischier ihr Leben lang an den Rollstuhl gefesselt. Die RA hat bereits mehrmals darüber berichtet. Nun hat Doris Hischier eine Strafklage gegen die betreffenden Mitarbeiter des Spitalzentrums Oberwallis eingereicht. Die polizeilichen Ermittlungen sind zur Zeit im Gange. Es gilt die Unschuldsvermutung.

(ktm) Laut Auskunft von Untersuchungsrichterin Fabienne Jelk wurde ein polizeiliches Ermittlungsverfahren gegen Mitarbeiter des Spitalzentrums Oberwallis eingeleitet, nachdem die Patientin Doris Hischier eine Strafklage wegen schwerer Körperverletzung eingereicht hatte. RA-LeserInnen erinnern sich an die Horrorgeschichte von Doris Hischier (siehe RA 195), welche im Spital Visp mit einem Darmverschluss eine Woche lang nicht operiert wurde, bis sie schliesslich den eigenen Kot erbrach, welcher auch in die Lunge gelangte und damit zu einer Unterversorgung des Gehirns mit Sauerstoff und zu schweren, bleibenden Lähmungen und teilweiser Blind-

heit führten. Seither sind anderthalb Jahre vergangen und erst vor kurzem konnte Doris Hischier das Paraplegikerzentrum Nottwil verlassen und ins Wallis zurückkehren.

Behandlung entsprach nicht den Regeln der medizinischen Wissenschaft

Die Klägerin erklärt in der Strafklage: «Wegen der Sorgfaltspflichtverletzung bin ich an einem Auge ganz und am anderen Auge teilweise blind. Ich werde wohl dauernd an den Rollstuhl gefesselt bleiben. Ich habe Lähmungen an Arm und Bein und Gefühlsausfälle.» In ihrer Strafklage stützt sich Doris Hischier auf die

Beurteilung von Professor Dr. med. Peter Buchmann vom Stadtspital Waid in Zürich, welcher in einem Gutachten zuhanden der Zürich Versicherungen zu einem eindeutigen Schluss kommt. In der Strafklage wird festgehalten, dass das Gutachten den dringenden Verdacht bestätige, «dass die Behandlung am Spital Visp bzw. im Spitalzentrum Oberwallis nicht den Regeln der medizinischen Wissenschaft und Praxis entsprach.» Der Dickdarmverschluss sei laut Gutachten «zu spät erkannt» worden und der Mageninhalt sei vor der Narkose «fälschlicherweise nicht abgepumpt» worden. So sei es zum schweren Atemnotsyndrom und dem Multi-Organversa-



Eindruck des Experten: Patientin und das Pflegepersonal wurden von den Ärzten nicht ernst genommen.

gen gekommen und schliesslich zur Schädigung des Hirns und zu den folgenschweren Lähmungen.

Professor Buchmann fragt: «Lesen die Ärzte die Pflegeberichte überhaupt?»

Wie der Ehemann Beat Hischier gegenüber der RA ausführt, hat der Gutachter noch weitere erstaunliche Ungeheimheiten festgehalten. So finden sich im Patientendossier von Doris Hischier keine

ärztlichen Verlaufsnotizen und auch eine Beurteilung durch einen Kaderarzt ist nirgends festgehalten. Zudem fehlen aus unerklärlichen Gründen einzelne Dokumente. Der Gutachter Buchmann äusserte im weiteren den Eindruck, die Patientin und das Pflegepersonal würden von den Ärzten nicht ernst genommen. Am Schluss des Gutachtens steht die vielsagende Frage des Gutachters: «Lesen die Ärzte die Pflegeberichte überhaupt?» Die RA bleibt dran!

Burgerbad Leukerbad: Burgerschaft muss rund 20000 Franken bezahlen Freistellung dreier Bademeister war missbräuchlich

LEUKERBAD/SITTEN – Das kantonale Arbeitsgericht erachtet die Freistellung dreier Bademeister des Burgerbades als missbräuchlich und hat ihnen insgesamt 20000 Franken zugesprochen. Die Begründung des Entscheides ist noch ausstehend und folglich bleibt offen, ob dagegen Beschwerde beim Kantonsgericht eingereicht wird.

(ktm) Im April 2004 wurden drei Bademeister vom damaligen Direktor des Burgerbades Daniel Leuenberger und dem Burgerrat in die Wüste geschickt. Leuenberger war mit der Leitung des Burgerbades überfordert und

musste kurze Zeit später selber den Hut nehmen. Aber auch der Burgerrat machte keine gute Falle und schaute dem Treiben zunächst tatenlos zu. Die drei Bademeister aus Mazedonien, Kroatien und dem Kosovo hatten be-

reits zwischen 11 und 21 Jahren im Burgerbad gearbeitet. Bereits an der ersten Sitzung seien sie von Leuenberger abschätzig mit «Jugo-Bande» betitelt worden, was dieser später allerdings vehement bestritt. Die drei Bademeister



klagten beim kantonalen Arbeitsgericht auf missbräuchliche Kündigung. Jetzt haben sie vom Arbeitsgericht Recht

bekommen: Die Freistellung war missbräuchlich und die Burgerschaft muss ihnen rund 20000 Franken bezahlen.

ROTE ANNELIESE

Jugendabo: Fr. 25.–
Jahresabo: Fr. 50.–
Unterstützungsabo: 80.–
PC 19-8382-6

REDAKTOR

Kurt Marti (ktm)

FREIE

MITARBEITERINNEN
Jean-Pierre D'Alpaos
Hilar Eggel
Cyrill Pinto (cp)
Renata Werlen

HERAUSGEBER

Verein Rote Anneliese
Postfach 441
3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
rote.anneliese@rhone.ch

SATZ UND DRUCK

s+z Gut zum Druck
3902 Brig-Glis

Aufhebung der Lex Koller: CVP-Staatsrat Jean-Michel Cina predigt Massnahmen gegen die Zweitwohnungs-Misere

Leukerbad klotzt für die Engländer



Residenz Palace Terme in Planung:
2-Zimmer-Wohnungen ab 4,7 Millionen



Residenz Golf C im Bau:
4-Zimmer Penthouse ab 3 Millionen



Residenz Ambassador im Bau:
3-Zimmer-Wohnungen ab 1,1 Millionen



CVP-Staatsrat Jean-Michel Cina: Massnahmen gegen den Zweitwohnungsbaupredigt



CVP-Gemeindepräsident Jean-Roland Roten: Vorläufig keine Massnahmen vorgesehen.

Stellungnahme der Schnyder Bauunternehmung

«Bei den Promotionen, die Sie in Ihrem Schreiben anführen, handelt es sich um Projekte, die wir im Rahmen unseres Gesellschaftszweckes mittel- bis langfristig geplant haben.

Es versteht sich wohl von selbst, dass wir diese Pläne aufgrund der dabei getätigten Investitionen und unserer Firmastruktur nicht von heute auf morgen aufgeben können. Hinzu kommt, dass wir unsere Wohnungen, die sowohl als Erst- wie auch als Zweitwohnungen erstellt werden, nicht nur im Ausland, sondern auch in der Schweiz zum Kauf anbieten.

Im Übrigen haben wir Vertrauen in unsere Behörden, dass sie für den Weiterbestand des hiesigen Gewerbes und damit für die Erhaltung der einheimischen Arbeitsplätze weiterhin die nötigen Grundlagen schaffen.»

LEUKERBAD/SITTEN – In Leukerbad entstehen zur Zeit massenweise Luxus-Zweitwohnungen für superreiche Engländer. Dabei hat die Bädergemeinde den höchsten Zweitwohnungsanteil im Oberwallis und das Ausländerkontingent ist bereits für weitere drei Jahre aufgebraucht. Während CVP-Staatsrat Jean-Michel Cina in Sitten griffige Massnahmen zur Eindämmung des Zweitwohnungsbaus predigt, tun die schwarzen Politiker und Immobilien-Verkäufer in Leukerbad das pure Gegenteil.

(ktm) Auf der Homepage des britischen Immobilien-Maklers «Overseas Home-search» ist Leukerbad hoch im Kurs (siehe Seite 6). Zur Zeit werden dort fünf Residenzen mit Dutzenden von Luxuswohnungen zum Verkauf angeboten. Dabei sticht die Luxus-Residenz «Palace Terme» besonders hervor: 25 Wohnungen verteilt auf zwei Gebäude (siehe Foto oben), grosszügiges Jacuzzi mit natürlichem Thermalwasser, Biosauna, Finisch-Sauna, Dampfbad, Kneipp-Walking, Solarium, Fitness-Studio und unterirdischer Verbindung zur Alpentherme. Auch der Preis ist Extraklasse: Zwei- und Dreizimmerwohnungen kosten von 4,7 Millionen aufwärts! Das Projekt stand im Juli im Amtsblatt.

Als Bauherrin und Grundstückseigentümerin zeichnet die Schnyder Immobilien AG. Projektverfasser ist der Sitten-Architekt Lot Kalbermatter. Die Bauarbeiten sollen im Oktober beginnen und an Weihnachten 2008 sollen die ersten EngländerInnen vor dem heimeligen Kaminfeuer sitzen. Vier weitere Luxusresidenzen sind bereits im Bau, nämlich die Residenzen Iris, Golf C, Ambassador und Iris Chalets. Alle werden gebaut von der schwarzen Schnyder Bauunternehmung.

Zeichen in Leukerbad stehen auf Alarm

Diese massive Aufrüstung an Zweitwohnungen erstaunt, denn die Zeichen stehen im Talkessel vor der Gemmiwand

längst auf Alarm: Leukerbad hat mit 72,5 Prozent den höchsten Zweitwohnungsanteil im Oberwallis. Von insgesamt 2900 Wohnungen sind rund 2100 Zweitwohnungen. So steht es in der neusten Botschaft des Bundesrates zu den flankierenden Massnahmen zur Aufhebung der Lex Koller. Zudem hat Leukerbad das Kontingent für den Verkauf an Ausländer bereits für drei Jahre aufgebraucht, mit entsprechenden Wartezeiten für den Eintrag ins Grundbuch und die Eigentumsübertragung. Sehr zum Ärger von Einheimischen, welche renovationsbedürftige Altwohnungen im Dorfkern an ausländische Interessenten verkaufen möchten und durch das aufgebrauchte Kontingent daran gehindert werden. Leukerbad leidet schon längst unter dem überbordenden Zweitwohnungsbaupredigt, dessen Folgen von CVP-Staatsrat Jean-Michel Cina und von der kantonalen Arbeitsgruppe «Zweitwohnungen» wie folgt umschrieben werden: Kalte Betten, Attraktivitätsverlust wegen geschlossenen Fensterläden, hohe Kosten wegen dem Ausbau der Infrastruktur, steigende Boden- und Mietpreise, Abwanderung der Einheimischen und

Beeinträchtigung des Landschaftsbildes.

«Illegaler Bonus auf die Ausnützungsziffer»

Auf Anfrage zeigt sich Marco Dini, Mitglied der Arbeitsgruppe Zweitwohnungen und gleichzeitig Chef der Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit, erstaunt über die Leukerbadner Zweitwohnungs-offensive auf dem britischen Immobilienmarkt: «Das ist mir völlig neu. Davon habe ich keine Kenntnis.» Wie Dini weiter erklärt, würde Leukerbad mit einem weiteren Verkauf von Zweitwohnungen an Ausländer ins Moratorium fallen und müsste mit einem einjährigen Verkaufsstopp rechnen. Der kritische Bürger Raoul Loretan prangert den überbordenden Zweitwohnungsbaupredigt in Leukerbad und dessen Folgen schon seit Jahren an. Er kann nicht verstehen, wieso der Zweitwohnungsbaupredigt für Ausländer noch speziell gefördert wird. Denn laut Loretan gewährt die Gemeinde unter dem Präsidium von CVP-Mann Jean-Roland Roten den Luxusresidenzen unter anderem einen «illegalen Bonus auf die Ausnützungsziffer». Im Baureglement sei eine Ausnützungsziffer 0,7 vorgeschrieben, ge-

baut werde aber für grosse Wohnungen mit 0,9, also mit einem Bonus von 0,2. Dazu Loretan: «Das ist ganz klar gegen die Bestimmungen des Baureglementes.» Kantonsjurist Martin Zurwerra kennt das Problem und bestätigt, dass dieser Bonus nicht vom Kanton homologiert wurde. Loretan verweist auf eine ausserordentliche Urversammlung vom August 2004, als Gemeindepräsident Jean-Roland Roten zugegeben habe, dass dieser Bonus nicht dem Baureglement entspreche und folglich nicht rechtens sei.

Finanzinspektorat nimmt Gebühren genauer unter die Lupe

Bereits vor fünf Jahren haben Walter Gehrig, welcher inzwischen Leukerbad enttäuscht verlassen hat, und weitere Einwohner einen Baustopp für Zweitwohnungen und die Unterbindung des «illegalen Bonussystems» gefordert. Insbesondere übten sie harte Kritik an der Höhe der Gebühren als Folge des Zweitwohnungsbaus. Der Gemeinderat lehnte die Petition ab. Wie die RA schon mehrmals berichtete, hat der Preisüberwacher eine Senkung der Gebühren verlangt. Doch stattdessen

wurden in den letzten Jahren beispielsweise beim Trinkwasser Gewinne in der Höhe von 1,8 Millionen Franken angehäuft (siehe Juni-Nummer der RA). «Diese Gewinne will der Gemeinderat nun zur Finanzierung der Infrastruktur einsetzen. Das ist eine inakzeptable Subventionierung des Zweitwohnungsbaus für reiche Ausländer», ist Loretan empört. Seit Jahren mache er die kantonalen Dienststellen auf diese Missstände aufmerksam. Bisher vergeblich. Inzwischen jedoch hat der Staatsrat aufgrund der zahlreichen Beschwerden das kantonale Finanzinspektorat (FI) beauftragt, die Gebühren in Leukerbad genauer unter die Lupe zu nehmen, wie FI-Mitarbeiter Peter Schnyder bestätigt. Gemeindepräsident Roten beantwortete die per Mail gestellten Fragen nicht.

CVP-Gemeindepräsident Jean-Roland Roten: Keine Massnahmen

Obwohl EinwohnerInnen schon seit Jahren auf das Zweitwohnungsproblem in Leukerbad aufmerksam machten, ist der Gemeinderat unter dem Präsidium von CVP-Mann Roten untätig geblieben und will es offenbar

weiterhin bleiben. Dies geht aus der Umfrage der kantonalen Arbeitsgruppe «Zweitwohnungen» vom Dezember 2006 hervor. Darin wird die Gemeinde Leukerbad wie folgt zitiert:

- «Unsere Vision bezüglich der Entwicklung von Zweitwohnungen ist, dass diese weiterhin zugelassen werden.»
- «Bezüglich Beherrschung der Zweitwohnungsentwicklung sind vorläufig keine Massnahmen zu treffen.»
- «Unsere Erwartungen an den Kanton gehen dahin, dass diese nicht weiter verschärft wird.»

Ein Blick in die Beherbergungsstatistik von Leukerbad zeigt den Leerlauf des überbordenden Zweitwohnungsbaus: 1976 verzeichnete Leukerbad 537'000 Übernachtungen in Ferienwohnungen, 2005 waren es 521'000. Das Maximum wurde im Jahr 1991 mit 760'000 Übernachtungen erreicht. Während also die Übernachtungen in der Parahotellerie im Vergleich zu 1976 stagnierten beziehungsweise im Vergleich zu 1991 massiv zurückgingen, wuchs die Zahl der Zweitwohnungen um ein Vielfaches.



Planierungen für Hochwasserschutz

Fortgesetzte Verhinderung der Planeinsicht Was hat die Gemeinde zu verheimlichen?

(ktm) Im vergangenen Juli fand in Leukerbad die öffentliche Planaufgabe «Hochwasserschutz Leukerbad» statt. Die Pläne des technischen Dossiers und die technischen Berichte lagen laut Amtsblatt vom 20. Juli für zehn Tage auf dem Gemeindebüro in Leukerbad oder bei der Dienststelle für Strassen- und Flussbau in Brig-Glis zur Einsicht auf. Raoul Loretan versuchte wiederholt vergeblich in die Pläne Einsicht zu nehmen und richtete schliesslich in einem Brief harte Kritik an die Dienststelle für Strassen- und Flussbau. Nachfolgend die Chronologie aus der Sicht von Loretan:

23. Juli: «Ich will die Pläne auf dem Gemeindebüro einsehen. Doch der Gemeindegemeinschafter muss eingestehen, dass das Dossier nicht aufliegt. Laut Telefonat mit Gemeinderat Christian Grichting, befinden sich die Unterlagen bei ihm in der Wohnung.»

25. Juli: «Ich unternehme einen zweiten Versuch. Diesmal befinden sich die Unterlagen bei der Bausekretärin. Sie will die Unterlagen nur unter Anwesenheit von Gemeinderat Christian Grichting vorlegen.»

27. Juli: «Ich versuche, die Unterlagen bei der Dienststelle für Strassen- und Flussbau in Brig-Glis einzusehen. Doch dort ist das Dossier nicht auffindbar und somit nicht einsehbar.»

30. Juli: «Nach Intervention der Dienststelle für Strassen- und Flussbau wird mir auf dem Gemeindebüro Einsicht ins Dossier gewährt. Jedoch sind nur die technischen Pläne vorhanden. Die im Amtsblatt erwähnten technischen Berichte fehlen.»

Angesichts dieser fortgesetzten Obstruktion stellt sich die Frage, was hier verheimlicht werden soll. Die RA bleibt dran.



FINANCIAL TIMES



Von der «Schnyder Immobilien AG» über die «Overseas HomeSearch» zur «Financial Times» und zum «Walliser Boten»

Kreislauf der Immobilien-Werbung

LONDON/BRIG/LEUKERBAD – «Leukerbad ist der Hammer» jubelte der «Walliser Bote» Mitte Juli über den Lobgesang der renommierten Londoner «Financial Times». Die Ur-Quelle der frohen Botschaft indessen lag in Leukerbad.

(ktm) Jetzt geht es im Wallis wieder aufwärts! Die Goldgräber sind zurück. Die Claqueure ebenfalls. Die Londoner «Financial Times» (FI) berichtete im Juli über das Wallis, im Speziellen über den Charme von Leukerbad, wo sich reiche Engländer ohne Paparazzi verstecken oder gleich ein millionenteures Appartement posten können. Drei Tage später frohlockte der «Walliser Bote» über das britische Loblied und kommentierte: «Das ist auch eine Chance».

Gut platzierter Werbeartikel der Immobilien-Branche

Der FI-Artikel ist offensichtlich ein gut platzierter, redaktioneller Werbeartikel der britischen Immobilienhändler, allen voran der «Overseas HomeSearch», über welche

die «Schnyder Immobilien AG» zahlungskräftige KäuferInnen für ihre fünf Luxus-Residenzen sucht (siehe Seiten 4 und 5). Es erstaunt folglich nicht, wenn Steven Parisot von der Overseas HomeSearch in der FI schwärmt: «Leukerbad ist ein wahrer Familienkurort und bietet für jeden etwas.» Und im gleichen Atemzug platziert er seinen Werbespot: «Mitten im Herzen der Stadt liegt die Residenz Palace Therme». Auf der Homepage von Overseas HomeSearch findet man die Residenz, welche allerdings noch in Planung ist. Die Preise jedoch sind nichts für gewöhnliche Leute: Eine 2-Zimmerwohnung ab 4,7 Millionen. Bauherrin ist laut Amtsblatt vom 20. Juli die Immobilien Schnyder AG. Und damit schliesst sich der Kreislauf der Immobilien-Werbung.

Menschenunwürdige Behandlung: IV-Stelle des Kantons Wallis zeigt keine Einsicht

Neat-Arbeiter landet auf dem Sozialamt und muss sein Häuschen verkaufen

AUSSERBERG/SITTEN – Fast vierzig Jahre hat Hans Rothacher auf dem Bau gearbeitet; die letzten fünf Jahre bei der Neat. Vor zwei Jahren erlitt er einen Arbeitsunfall. Seither musste er sich mehrmals operieren lassen und leidet unter den Unfallfolgen. Obwohl der 61-jährige auf dem Arbeitsmarkt nachweislich keine Chance hat, wurde sein IV-Gesuch von der kantonalen IV-Stelle abgelehnt. Mit der Begründung: 100 % arbeitsfähig! Inzwischen landete Rothacher, der sein Leben lang Sozialbeiträge eingezahlt hat, auf dem Sozialamt und muss sein Häuschen verkaufen.

(ktm) Im Mai 2005 stürzte der Bauarbeiter Hans Rothacher rücklings auf ein Förderband der Neat. Dabei verletzte er sich an der Halswirbelsäule und an der Schulter. Vier Tage nach dem Unfall erhielt er die Kündigung der Adecco Arbeitsvermittlung auf Ende Juni. Er musste sich mehreren Operationen unterziehen und erhielt bis Ende 2006 Unfalltaggelder der SUVA. Mit dem Ende der SUVA-Taggeldzahlung meldete sich Rothacher beim RAV Oberwallis. Bereits Mitte 2006 stellte er ein Gesuch für eine IV-Rente.

Rothacher erleidet als zweijähriger Bub die Kinderlähmung

Rothacher hat es in seinem Leben nicht leicht gehabt. Geboren wurde er 1946 in eine Bauernfamilie im Simmental. Mit zwei Jahren erlitt er die Kinderlähmung und war vom zweiten bis zum siebten Lebensjahr in einem Spital im Kanton Zürich. Von der Kinderlähmung stammt auch sein um mehrere Zentimeter kürzeres und viel dünneres Bein. Obwohl er seit dem Kindesalter stark hinkt, hat er eine Lehre als Schreiner gemacht und seither fast vierzig Jahre auf dem Bau gearbeitet, sowie zeitweise als Abwart und als Senn. Eigentlich hätte Rothacher bereits mit 60 Jahren von der Vorpensionierung auf dem Bau profitieren können. Lei-

der erlitt er seinen Unfall mit 59 Jahren und hat damit diese Gelegenheit verpasst.

Hausarzt Aufdereggen: «Dieser Entscheid ist für mich völlig unverständlich»

Anfang April 2007 lehnte die kantonale IV-Stelle Rothachers Renten-Gesuch ab. Sein Invaliditätsgrad wurde auf bloss 16 Prozent eingeschätzt und folglich erhielt er keine IV-Rente. Die IV-Stelle war der Meinung, dass Rothacher zwar nicht mehr als Maschinist auf dem Bau arbeiten könne, aber die medizinischen Abklärungen hätten ergeben, dass er für «eine angepasste Tätigkeit» zu hundert Prozent arbeitsfähig sei. Diese angepasste Tätigkeit wird vom IV-Stellen-Leiter Albin Imoberdorf in der entsprechenden Verfügung wie folgt umschrieben:

- Körperlich leichte wechselbelastende Arbeiten
- Vorwiegend sitzende Position
- Ohne Heben von Gewichten im rechten Arm über 5 kg
- Ohne Überkopparbeiten
- Ohne lange Körperzwanghaltung
- Ohne Gehstrecken
- Ohne Exposition von Feuchtigkeit und Kälte
- Ohne Gehen auf unebenem Boden
- Ohne repetitives Treppensteigen

- Ohne Besteigen von Leitern und Gerüsten

Rothachers Hausarzt Bernhard Aufdereggen hat für diese IV-Verfügung überhaupt kein Verständnis: «Dieser Entscheid ist für mich völlig unverständlich. Einerseits ist der IV klar, dass Herr Rothacher nicht mehr in seinem angestammten Beruf arbeiten kann, sie formuliert 10 restriktive Vorbehalte und erwartet dann doch, dass Herr Rothacher mit 61 Jahren ohne Hilfe der IV eine entsprechende Stelle findet. Zynisch ausgedrückt kann Herr Rothacher laut Schreiben der IV nur noch in vorwiegend sitzender Position Befehle austeilen. Dazu ist er aber weder geeignet noch ausgebildet. Ich finde es menschenunwürdig, wie man mit diesem Mann umgeht, der trotz seiner Behinderung sein ganzes Leben auf dem Bau gearbeitet hat.» Auch unter Arztkollegen schüttelte man immer öfter den Kopf über die harten Verfügungen der IV-Stelle.

Kantonales Versicherungsgericht pfeift IV-Stelle zurück

Die IV-Stelle liegt mit dieser Verfügung völlig neben der Realität. Dies zeigen die Erfahrungen Rothachers mit dem RAV: Während eines halben Jahres gelang es dem RAV nicht, für Rothacher eine Stelle zu finden. Rothacher selbst hat sich in dieser



Zeit mehr als dreissig Mal beworben und erhielt nur Absagen. Gleichzeitig musste er trotz Schmerzen und Operationen das ganze RAV-Prozedere über sich ergehen lassen und sich mit 61 Jahren noch dem Modul I und II des Kurses «Erfolgreiche Stellensuche» unterziehen. Auch rechtlich muss man hinter die IV-Verfügung ein grosses Fragezeichen setzen. Denn in einem vergleichbaren Fall hat das Kantonale Versicherungsgericht vor einem Jahr die IV-Stelle ziemlich unsanft zurückgepfiffen und eine volle IV-Rente zugesprochen. Dabei ging es um einen 63-jährigen Buschauffeur, dem die IV-Stelle ebenfalls eine 100%-ige Arbeitsfähigkeit in einer angepassten Tätigkeit mit folgendem Profil zumutete: 10-minütige Pausen pro Stunde, wechselnde Arbeitspositionen, keine schwere Arbeiten, kein Heben von

Gewichten über 10 kg, kein Arbeiten unter Einflüssen von Hitze sowie keine Personen- und Lastwagentransporte.

Das kantonale Versicherungsgericht hält in seinem Urteil fest, dass ein solcher Arbeitsplatz «in der Industriebranche und im Gewerbe kaum auffindbar» sei, weil solche von der IV-Stelle geforderten Arbeitsstellen auf dem Arbeitsmarkt gar nicht existieren und falls es solche gäbe, würden diese durch Behinderte jüngerer und mittleren Alters besetzt. Kein Arbeitgeber gehe heute bei der Anstellung die folgenden Risiken ein: «hohe Arbeitgeberbeiträge, berufliche Unerfahrenheit und altersbedingt geringe Anpassungsfähigkeit». Bei der Invaliditätsbemesung sei das Alter ein wichtiges Kriterium und man dürfe nicht von «realitätsfremden Einsatzmöglichkeiten» aus-



Hans und Marianne Rothacher in Ausserberg: Wegen der verweigerten IV-Rente müssen sie das Haus wahrscheinlich verkaufen.

gehen. Deshalb kommt das Versicherungsgericht zum Schluss, dass «eine vollständige Erwerbsunfähigkeit» vorliegt und der Buschauffeur «Anspruch auf eine ganze Invalidenrente» hat. Das Urteil wurde in der Walliser Zeitschrift für Rechtsprechung vom vergangene April veröffentlicht.

Forsche IV-Stelle auch vom Bundesgericht gestoppt

In einem weiteren IV-Fall wurde die kantonale IV-Stelle auch vom Bundesgericht gestoppt. Einem 61-jährigen Oberwalliser Hausabwart wurde von der IV-Stelle die volle IV-Rente auf eine Viertelsrente zusammengestrichen. Zunächst wurde die IV-Stelle vom kantonalen Versicherungsgericht zurückgepfiffen. Gegen den Entscheid des Versicherungsgerichtes rekurrierte die IV-Stelle vor

Bundesgericht und kassierte im vergangenen Juli erneut eine Abfuhr. Die Gerichtskosten von 500 Franken und eine Parteienentschädigung von 2000 Franken muss die IV-Kasse übernehmen.

Am 22. August 2007 wurde Rothacher vom RAV abgemeldet und hat sich bei der Sozialhilfe angemeldet. Jetzt müssen die Ausserberger SteuerzahlerInnen für Rothachers Lebensunterhalt bezahlen. Das kann Rothacher kaum fassen, denn er hat jahrzehntelang Sozialbeiträge einbezahlt und nun landet er bei der Fürsorge. Am Balkongeländer des Häuschen, das Rothacher und seine Frau in den letzten fünf Jahren mit viel Liebe restauriert und gepflegt haben, hängt ein Schild mit der Aufschrift «Zu verkaufen oder zu vermieten». Weil auf dem Haus noch eine Hypothek lastet und die Sozialhilfe

bloss die Zinsen, nicht aber die fälligen Amortisationen übernimmt, sind Rothacher und seine Frau «gezwungen das Haus schweren Herzens zu verkaufen, obwohl es uns in Ausserberg sehr gut gefällt.»

Unhaltbarer IV-Entscheid muss schleunigst revidiert werden

Rothacher hätte gute Chancen für eine volle Rente. Leider hat er innert der 30-tägigen Frist keine Beschwerde gegen die IV-Verfügung ans Versicherungsgericht eingereicht, und zwar auf Anraten von Procap-Geschäftsführer Christophe Müller. Dieser war der Meinung, dass eine Beschwerde «keine Chance habe.» Es ist also höchste Zeit ein Wiedererwägungsgesuch zu stellen, damit die IV-Stelle ihre Verfügung revidiert und die menschenunwürdige Situation aufhebt.

Jean-René Fournier und Françoise Gianadda unter Druck:

Chaos bei der Fremdenkontrolle

SITTEN – Zwei grossrätliche Kommissionen zeigen das wahre Chaos bei der Dienststelle für Zivilstandswesen und Fremdenkontrolle auf. Nicht zum ersten Mal. Die Hauptverantwortung liegt bei Françoise Gianadda, Chefin der Fremdenkontrolle, und beim zuständigen Staatsrat Jean-René Fournier. Die RA bringt zwei besonders krasse Fälle von Schlamperei.

VON CYRILL PINTO

Der Bericht der Justiz- und Geschäftsprüfungskommission (JUKO und GPK) zur Dienststelle für Zivilstandswesen und Fremdenkontrolle braucht ungewöhnlich starke Worte, um die Missstände anzuprangern. Die Zahl der neu eingegangenen Einbürgerungsdossiers übertrifft mittlerweile die Zahl der abgearbeiteten. Fast 1200 Gesuche liegen in Sitten unbearbeitet in den Aktenordnern, lediglich 110 Dossiers waren soweit bearbeitet, dass Bern die Bewilligung für eine Einbürgerung gab. 140 Gesuche aus dem Jahr 2004 lagen noch unberührt in den Schränken der Dienststelle.

Wieso befragt Gianadda jeden einzelnen persönlich?

Einbürgerungswillige werden von der Behörde am Anfang des Verfahrens in Kenntnis gesetzt, dass das Verfahren zwischen drei und vier Jahre dauere. Seit nur noch Bearbeitungsgebühren verlangt werden, kommt es zu einer Flut von neuen Gesuchen. Ohne festgelegte Fristen gegenüber den Gemeinden, welche die Dossiers vervollständigen müssen. Dienstchefin Françoise Gianadda trifft jeden Einbürgerungswilligen persönlich und stellt in einem Gespräch fest, ob dieser *«integriert»* ist. Laut dem Bericht warten 110 Personen auf einen Termin mit Gianadda. Und dies obwohl die Einzubürgernden vor der Behandlung ihres Dossiers im Grossen Rat nochmals von

der JUKO angehört werden müssen. *«Ich verstehe nicht, weshalb Frau Gianadda alle persönlich begrüssen muss»*, so der lapidare Kommentar von Louis Ursprung, der den Bericht mitverfasst hat, zu den Missständen im Departement des CVP-Parteikollegen Fournier. Auch Françoise Kopf von SOS Rassismus kritisiert die Vorgehensweise des Kantons: *«Das ist reine Schikane – ein weiteres Mittel zur Unterdrückung von AusländerInnen in der Schweiz.»*

Vier von zehn Stichproben wurden beanstandet

Die Untersuchungskommission reiste nach Sitten und nahm einen Augenschein vor Ort: *«Die Unterkommission hat zehn Dossiers in unterschiedlichen Behandlungsstadien zufällig und ein Dossier, das ihres Wissens problematisch war, gezielt ausgewählt. Bei vier dieser Dossiers musste die Behandlung durch die Dienststelle beanstandet werden»*, so das Ergebnis des Besuchs bei dem auch Ursprung mit dabei war. Das *«Problematische Dossier»* betraf eine Frau, die von Martigny nach Sitten zog. Aufgrund ihres Umzugs wurde ihr Einbürgerungsgesuch einfach blockiert. Die Frau wartet nun seit über vier Jahren auf die Eröffnung ihres Einbürgerungsverfahrens. Ein weiterer Fall, der durch die Kommission beanstandet wurde, betraf eine Familie. Obwohl sie einen einwandfreien Leumund besass, wurde ihr Dossier einfach unter die Fälle mit einer Strafuntersuchung eingereiht und

das Verfahren ebenfalls bis auf weiteres ausgesetzt. Diese zufällig von der Kommission entdeckten Fälle lassen vermuten: Bei der Fremdenkontrolle sind zahlreiche Fälle nicht sach- und fristgerecht behandelt worden.

Alle Jahre wieder dieselben Schlussfolgerungen

Bereits 2003 machte die JUKO auf die Missstände in

der Dienststelle aufmerksam. Auf Antrag der JUKO hatte die GPK daraufhin gefordert, dass die Behandlungsdauer der Dossiers auf maximal 18 Monate festgelegt wird und dass die hängigen Dossiers bis im Juli 2004 aufgearbeitet sind. Zwei Jahre später, im Juni 2005, wiederholte die GPK dieselben Forderungen *«die bis dahin auf taube Ohren gestossen waren»*. Offensichtlich passierte auch danach im Departement Fournier nichts.

Nun bringt also die Kommission ihre Forderungen nochmals an. Die Schlussfolgerung der Kommission zu den Missständen bei der Fremdenkontrolle: *«Wir sind der Ansicht, dass die Dienststelle durch eine externe Stelle unterstützt werden sollte.»*

Revidiertes Asylgesetz: Kanton sackt Geld für Flüchtlinge ein

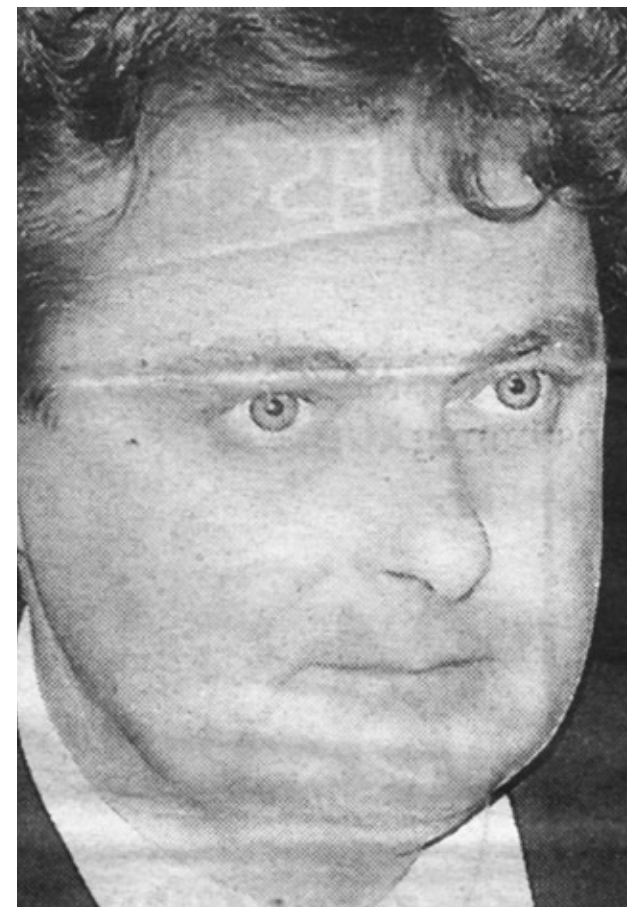
SITTEN – Durch das revidierte Asylgesetz bleibt dem Kanton Geld, das eigentlich für die Flüchtlinge vorgesehen wäre. Sitten sackt es ein und gewährt den Asylsuchenden nur noch eine Nothilfe. Was passiert mit dem restlichen Geld?

(cp) Das revidierte Asylgesetz hat zur Folge, dass Menschen mit einem negativen Asylentscheid keine Sozialhilfe mehr bekommen. Diese Regelung gilt ab Januar 2008. Recherchen der RA ergaben: Die von der neuen Gesetzgebung betroffenen Flüchtlinge werden nicht etwa erst ab Januar 2008 mit einer minimalen Nothilfe abgespiesen, sondern bereits im Herbst. *«Der Kanton Wallis erweist sich als besonders eifrig bei der Umsetzung des neuen Regimes.»* weiss Françoise Kopf von der Beratungsstelle SOS Racisme. Seit Anfang September werden nicht nur alle Flüchtlinge mit einem negativen Asylentscheid, sondern alle AusländerInnen, die ihre Aufenthaltsbewilligung verlieren, auf Nothilfe gesetzt. Nothilfe bedeutet: Unterkunft in einer Massenunterkunft, einem Flüchtlingsheim mit Verpflegung und eine minimale ärztliche Versorgung. Besonders stossend: Eigentlich erhält der Kanton von Bern Sozialhilfe-Pauschalbeträge für die Betroffenen bis Ende Jahr bezahlt. Dieses Geld bleibt nun in der Kasse des Kantons. *«Was der Kanton mit dem von uns bezahlten Geld macht, müssen sie die Leute vom*

Kanton fragen», so der Kommentar von Brigitte Hauser-Süess, vom Bundesamt für Migration, zu der neuen Praxis im Asylbereich

«Geld kommt Flüchtlingen zugute»

«Dieses Geld kommt vollumfänglich den Flüchtlingen zugute», hält Emile Blanc, der kantonale Asylchef entgegen. Betroffen vom neuen Asyl-Regime sind im Wallis rund 150 Personen. *«Einzelpersonen erhalten von uns eine Nothilfe. Wir werden ab Oktober mit der Umplatzierung beginnen. Familien werden jedoch weiterhin Sozialhilfe erhalten – auch nach dem 1.1.2008»*, versichert Blanc. Bei Einzelpersonen wird also das härtere Regime angewandt – bei Familien hält sich der Kanton zurück. *«Das Gesetz ist nicht praktikabel»*, meint Blanc dazu. Denn Nothilfe bedeutet eine Unterbringung in einem Flüchtlingsheim mit Verpflegung. Da die Kinder jedoch der gesetzlichen Schulpflicht unterliegen, ist eine Unterbringung in einem Asylheim gar nicht möglich. SOS Racisme, unter der Leitung von Françoise Kopf, möchte gegen diese neue Asylpraxis rechtlich vorgehen: *«Es kann doch nicht sein, dass ein erst ab dem nächsten Jahr gültiges Gesetz schon jetzt angewandt wird.»* Die Menschenrechtsgruppe möchte juristisch dagegen vorgehen, hat aber keine Handhabe dagegen. *«Wir werden uns mit den Betroffenen persönlich treffen und von Fall zu Fall entscheiden wie wir helfen können»*, so Kopf.



Jean-René Fournier: Probleme mit dem Strafvollzug und bei der Fremdenkontrolle



Françoise Gianadda: Missstände seit Jahren nicht behoben

Gebührengeld für Radio Rottu Oberwallis (rro)

Jetzt muss das Lokalradio auf die Socken

VISP – Vollmundig liess Radio Rottu Oberwallis (rro) Ende August verlauten: «Knappe Million mehr Gebühren». Doch bis die Gebührengelder sprudeln, muss der Radiosender noch einige Hausaufgaben erledigen.

die Öffentlichkeit über die Ergebnisse zu orientieren und die so definierten Arbeitsbedingungen der Branche gegebenenfalls aufsichtsrechtlich durchzusetzen.»

Hintergrund: Untersuchungen und Berichte

(cp) Radio Rottu Oberwallis (rro) bekommt rund eine Million aus dem Topf der Schweizer Gebührengelder. Im allgemeinen Jubel ging ein Detail leider unter: Für die Million braucht es auch eine Gegenleistung. Das Manna ist an klare Bedingungen geknüpft. Konkret: rro hat bis zum 5. Dezember Zeit, seine konzessionswidrigen Personalverhältnisse in Ordnung zu bringen. Sonst ist der *«Millionensegen»* gefährdet.

Klare Vorgaben vom BAKOM

Die Musterkonzession ist für alle zugänglich auf der Homepage des Bundesamts für Kommunikation (BAKOM) aufgeschaltet. Darin steht als Auftrag an die Konzessionäre unmissverständlich: *«Ausreichende personelle Ressourcen zur Erfüllung des Programmauftrags sind bereit zu stellen. Dabei beträgt das Verhältnis der ausgebildeten Programmschaffenden zu den auszubildenden Programmschaffenden mindestens 3 zu 1.»* Ein Blick auf die Homepage

von rro zeigt jedoch: Dieser Konzessionsauftrag erfüllt rro nie und nimmer. Zurzeit trägt das Verhältnis von ausgebildeten Programmschaffenden und PraktikantInnen beim Oberwalliser Sender 3 zu 2. Konkret stehen neun ausgebildete Programmschaffende sieben PraktikantInnen gegenüber. Um die Konzessionsvorgaben zu erfüllen, müsste rro nach der heutigen Zahl von PraktikantInnen 12 RedaktorInnen oder ModeratorInnen zusätzlich einstellen. Eine Trendwende im chaotischen Personalmanagement von rro-Geschäftsführer Bärenfaller scheint sich nicht abzuzeichnen, im Gegenteil: Erst am 1. September stellte der rro-Geschäftsführer zwei PraktikantInnen an. PraktikantInnen, die gemäss RA Nr. 197 einen Hungerlohn von 1000 Franken Brutto pro Monat verdienen. Dazu hält das BAKOM in seinen Musterkonzessionen fest: *«Das Bundesamt in Biel behält sich vor, die Arbeitsbedingungen im Radio- und Fernsehbereich im Rahmen von branchenweiten Abklärungen zu untersuchen,*

Im Frühjahr veröffentlichte das BAKOM zwei Untersuchungen zur Qualität und den Arbeitsbedingungen bei privaten TV- und Radiostationen der Schweiz. Ihre Schlussfolgerungen: *«Es bestehen erhebliche Mängel in der Qualität und den Arbeitsbedingungen der privaten Stationen»*. Das Medienmagazin Klartext hatte danach zusätzlich auf die äusserst schlechten Arbeitsbedingungen für die PraktikantInnen aufmerksam gemacht. Diese Erkenntnisse flossen jetzt in die Musterkonzession des BAKOMs ein. Jetzt hat Radio Rottu beziehungsweise dessen Geschäftsführer Bärenfaller bis zum 5. Dezember Zeit, die erforderlichen Korrekturen vorzunehmen. Bis dahin muss das Konzessionsgesuch beim BAKOM eingetroffen sein. Im Frühling 2008 wird das Bundesamt dann die Konzessionen erteilen. Erst dann kann sich rro, und insbesondere die Angestellten des Oberwalliser Senders, über den *«Millionensegen»* freuen.

rro.)))
Radio Rottu Oberwallis

Diese Fünf sorgen für rote Köpfe – und schwarzgelbes Bauchweh!



Jean-Noël Rey (58), Nationalrat seit 2003, verteidigt in Bern kompetent den Service Public und die Randregion Wallis. Der Ex-Post-Chef und heutige Verwaltungsrat der Walliser Kantonalbank kennt die Dossiers wie wenig andere – auch in Bezug auf höhere Wasserzinse für die Bergkantone.

Susanne Hugo Lötscher (47), Grossrätin und Präsidentin der SP Oberwallis, ist eine Kämpferin. In der Gewerkschaft Unia engagiert sie sich für die Anliegen der Lohnabhängigen und besonders für die Frauen, im VCS, im WWF und in der OGUW für die Umwelt und den Klimaschutz.

Hans-Josef Jossen (45), Gemeindevizepräsident von Naters, politisiert volksnah, packt die Probleme konkret an. Der Bähnler, der heute den Verkauf und die Produktion des erfolgreichen SBB-Callcenters in Brig leitet, steht aktiv ein für einen leistungsfähigen Service Public in den Randregionen.

Helena Mooser Theler (49), Gemeinderätin von Visp, ist in vielen Bereichen des Sozial- und Gesundheitswesens engagiert. Bildung und familienergänzende Kinderbetreuung stehen im Zentrum ihrer Arbeit. Als Präsidentin von «Oberwallis hilft Oberwallis» sorgt sie seit zehn Jahren für gelebte Solidarität.

Doris Schmidhalter-Näfen (49), Grossrätin seit 2001, setzt sich im Vorstand der Unia Wallis für bessere Löhne ein, im Parlament in Sitten kümmert sich die Primarlehrerin um Schul- und Integrationsfragen. Als Vizepräsidentin des FC Termen/Ried-Brig hilft sie, dass es im Brigerberg auch sportlich rund läuft.

Nationalratswahlen 2007 versprochen pure Langeweile. Die Schwarzen und Gelben kochten selbstgefällig ihre faden Parteisüppchen. Doch dann kam zum Glück alles anders – dank der SP Oberwallis! Die Frage ist: Wer macht das Rennen auf ihrer Liste 22? Ausgang: Offen – denn jede und jeder kann auf Platz eins landen.

Ein Blick in die Wahlkampf-Landschaft zeigt:

- **Heimatschutz bei der CVP.** Um die Wiederwahl von Viola Amherd nicht zu gefährden, wurde Ex-Grossratspräsident Marcel Mangisch versenkt. Nur zweitrangige Lokalpolitiker – lauter Männer – durften mit auf die Liste. Politisch ist die Partei von Verdrücker Cini sowieso ausser Rand und Band. Prognose: Die Schwarzen sind auf Talfahrt.
- **Schwache CSP:** Die Gelben meinten, sie könnten mit der Listenverbindung mit den Schwarzen den vor vier Jahren verlorenen Sitz locker zurückgewinnen. Und leistete sich deshalb den Luxus, mit Thomas Gsponer ihren hellsten Kopf davon zu jagen. Das Resultat: Eine schwache Liste und inhaltlich abgemeldet. Prognose: Im Schaukelstuhl gewinnt man keine Wahlen.
- **Weniger FDP, mehr SVP:** Die Freisinnigen spielen auch in diesen Wahlen im Oberwallis keine Rolle. Einzig die SVP sorgt im bürgerlichen Lager für etwas neuen Wind. Die hiesigen Jünger des Zürcher Milliardärs Christoph Blocher, allen voran der Natischer Franz Ruppen, werden in den schwarzen Milieus Stimmen absahnen. Prognose: Wer wie die SVP und FDP, in Bern unsozial, gegen den Service Public und das Berggebiet politisiert, bleibt im Oberwallis auf der Strecke.

Anders die SP Oberwallis. Sie sorgt für rote Köpfe – denn wo Bewegung ist, gibt's Aufregung! Die Ausgangslage könnte nicht spannender sein:

- Politbeobachter sagen voraus, dass die starke Oberwalliser SP-Liste den zweiten Nationalsitz der Linken holt. Selbst WB-Chefredaktor Pius Rieder ist überzeugt, dass es die SP Oberwallis schafft.
- Die Frage ist nur, wer von den Fünf das Rennen macht. Die von Angst getriebenen Schwarzgelben sagen, gegen Nationalrat Jean-Noël Rey aus dem Bezirk Siders hätten die anderen vier Kandidaten keine Chance. Im Unterwallis dagegen wird prophezeit, Rey werde gegen die Oberwalliser den Kürzeren ziehen.

Die kontroversen Prognosen illustrieren, wie gut die Chancen für die Oberwalliser SP-Leute tatsächlich sind. Wer wird es auf Platz eins schaffen? Die in Sozial- und Umweltfragen kämpferisch politisierende Parteipräsidentin Susanne Hugo-Lötscher aus Agarn? Die Praxis erprobte Visper Gemeinderätin Helena Mooser-Theler? Oder vielleicht sogar der Macher Hans-Josef Jossen, der Gemeindevizepräsident von Naters? Oder sorgt wieder – wie schon bei den letzten Grossratswahlen – die Brigerbergerin Doris Schmidhalter – Näfen für eine faustdicke Überraschung?

Entscheiden werden diesen Match die Wählerinnen und Wähler an der Urne.

SP

klar.sozial

Jetzt wechseln! Liste 21

Die JUSOO stürmt in den Nationalrats-Wahlkampf 2007



Die Liste 21 als 12. Mann fürs Wallis in Bern

Die SVP und ihr Über-Bundesrat Blocher hacken alles kurz und klein: Die IV-Rentner? Alles nur Schmarotzer! Die AHV? Arbeiten bis 75! Ausländer? Raus! (Jedenfalls, wenn sie schwarz oder kriminell sind). SP und Bürgerliche lassen sich in diesem Pressing schwindlig spielen. Und die Walliser Politiker in Bern? Der abgehalfterte CVP-Politstar Rolf Escher fällt nur noch durchs Schnupfen auf und Viola hat politisch noch kein Bein vors andere gebracht. Jetzt braucht es frische Kräfte, um das Spiel noch zu kehren!

Deshalb wollen sich folgende Kandidatin und Kandidaten nun für den Match in Bern einwechseln lassen:

- Laura Kronig, Ried-Brig, Grossrats-Suppleantin und Wirtschaftsstudentin
- Marc Kalbermatter, Baltschieder, Grossrats-Suppleant und Sozialforscher
- Leander Eyer, Naters, Informatikstudent und JUSOO-Sekretär

- Tobias Heinzmann, Visperterminen, Bauzeichner
- Simon Aufderreggen, Baltschieder, Mathematikstudent

Und für diese Themen schnüren wir die Schuhe:

Wir melken nur die fetten Kühe!

«Wer hat, dem wird gegeben», soll bald Vergangenheit sein. Wir fordern eine weitgehende Steuerbefreiung von kleinen bis mittleren Einkommen zulasten der Gutverdienenden und der Reichen und der mittleren bis grossen Unternehmen. Pauschalbesteuerung von Reichen sollen abgeschafft werden.

Soziales Netz statt Löcher in den Socken!

Jedes zwanzigste Kind wächst mit Sozialhilfe auf. Doch für jeden Sozialhilfeempfänger kommt oft eine weitere Person mit Anrecht auf Sozialhilfe dazu, welche diese nicht

beansprucht: aus Angst, Scham oder Nichtwissen. Somit ist wohl jedes 10. Kind von Armut betroffen. Das darf in unserem reichen Land nicht sein! Wir setzen auf mehr Krippenplätze, höhere Kinderzulagen, einen Vaterschaftsurlaub, Ergänzungsleistungen für Familien und Tagesschulen.

Wir setzen auf Chancengleichheit!

Wir verankern in der Verfassung ein Recht auf eine Lehre und nehmen die Betriebe in die Pflicht: Wer keine Lehrlinge ausbildet, kommt zur Kasse; wer es tut, bekommt das Geld der Firmen ohne Ausbildungsplätze. Um Zugang zu höherer Bildung zu ermöglichen, werden die Studiengebühren eingefroren, Stipendien erhöht und Darlehen grundsätzlich zinslos gegeben.

Grüne Zukunft statt Hochwasserhosen!

Der verantwortungslose Umgang mit nichterneuerbaren Ressourcen,

mit unserer Landschaft und den Nutztieren hat uns eine globale Klimaerwärmung, Hochwasser sowie Seuchen und Epidemien beschert. Wir setzen uns für eine Verbilligung des öffentlichen Verkehrs und eine Anhebung der Treibstoffsteuer ein. Zweitautos in Haushalten und protzige Off-Roader sollen deutlich stärker besteuert werden. Die Mehreinnahmen setzen wir ein zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Damit das Wallis nicht in die Röhre schaut!

Wir fordern ein verbindliches Grundangebot eines Service Public, welches die Bürger unabhängig von ihrem Wohnort beanspruchen können. Wichtigste Anliegen sind uns die Beibehaltung von dezentralen Schulen, kleineren Poststellen, der Anschluss an den öffentlichen Verkehr und eine Anbindung an neuere Kommunikationsnetze. Gerade ein Wallis mit Breitband-Anbindung ist die Grundlage für ein Wallis mit Zukunft!

Walliser Chalet statt Zürcher Loft!

Immer mehr WalliserInnen müssen in der «Üsserschwiz» versteuern oder ihnen sitzen die dortigen Steuerbehörden wegen ihres Wochenaufenthalter-Status im Nacken. Die Walliser Gemeinden machen wenig bis gar nichts, um sie zu unterstützen. Wenn auswärts arbeitende WalliserInnen gezwungen werden, ihren Wohnsitz wegzuverlegen, gehen noch mehr Gutausgebildete dem Wallis verloren. Wir stoppen den Abfluss von Steuergeldern: Damit das Wallis nicht noch mehr «Üsserschwiz» produziert.

Deshalb: Jetzt wechseln! Wir wollen das Wunder für Bern schaffen!

Alles Nützliche und Wissenswertes über die JUSOO unter www.jetzt-wechseln.ch.

Standpauke von BKW-Direktionspräsident Kurt Rohrbach gegen die Erhöhung der Wasserzinse

Oberwalliser Politiker blieben stumm

VISP – An einer Tagung der Gebirgskantone von Ende August in Visp hielt Kurt Rohrbach, Direktionspräsident der Bernischen Kraftwerke (BKW), eine regelrechte Standpauke gegen die Wasserzinse und die Gebirgskantone. Uni-Professor Beda M. Stadler aus Visp unterstützte den frechen Strombaron in seinem Votum. Noch schlimmer: Sämtliche anwesenden Oberwalliser Politiker blieben stumm. Auch der gelbe Ständeratskandidat und Enalpin-Verwaltungsrat René Imoberdorf!



René Imoberdorf: Kopf eingezogen und geschwiegen



Beda M. Stadler: Bekannte Pirouetten



Kurt Rohrbach: Frecher Angriff

(ktm) Anfang August traten die Gebirgskantone an die Öffentlichkeit und verlangten höhere Wasserzinse. Die Strombarone in den Städten und Kantonen des Mittelandes jaulten auf und sahen das Ende der Stromwirtschaft hereinbrechen. Ausgerechnet an einer Versammlung der Gebirgskantone im La Poste in Visp nutzte Kurt Rohrbach, BKW-Direktionspräsident, die ihm gebotene Gelegenheit und redete den Vertretern der Gebirgskantone ins Gewissen: Die Erhöhung der Wasserzinse um 0,3 Rappen pro Kilowattstunde bezeichnete er als eine «massive Forderung», welche «schwer zu verstehen» und «ein falsches Signal» sei. Und er drohte den Gebirgskantonen mit einer Neuverteilung der Rollen, wenn sie «nicht etwas zurückhaltender» seien. Die Stromwirtschaft müsse auch Phasen haben, wo sie Geld verdienen könne. Denn die sieben mageren Jahre kämen bestimmt. Das nenne man «Schweinezyklen»!

BKW-Chef Kurt Rohrbach zog alle Register

Rohrbach erinnerte an die Zeit der schlaflosen Nächte wegen den sogenannten NAI (Nicht amortisierbare Investitionen), welche Ende der 90-er Jahre als Folge der Rezession und des Strompreiserfalls auftauchten. Und schliesslich drückte er auf die Moralindrüse und warf den Gebirgskantonen Unfairness vor, welche zuerst die Investitionsentscheide der Stromwirtschaft abgewartet hätten und nun schamlos weiteren Tribut in Form höherer Wasserzinse einforderten. Der Visper Uni-Professor Beda M. Stadler doppelte nach und warf den Gebirgskantonen vor: «Es ist ungerecht, dass ihr das Wasser habt. Ihr müsst sagen, wieso ihr mehr Wasserzinse wollt.» Und gleich fabrizierte Stadler eine seiner bekannten Pirouetten und beklagte jämmerlich, dass das Wasser leider keinen Preis habe und forderte die Gebirgler auf, das Wasser besser zu vermarkten!

Bernische Kraftwerke kassieren fleissig Walliser Stromgewinne

Ob so viel Dreistigkeit wartete man auf die Antwort der Oberwalliser Politprominenz, allen voran den KandidatInnen für den National- und Ständerat. Doch sie zogen den Kopf ein und schwiegen. Auch der gelbe Ständeratskandidat und Verwaltungsrat der Enalpin René Imoberdorf. Am Schluss wurde höflich geklatscht und Walliser Trockenfleisch und Wein kredenzt. Dabei hätte man Rohrbach sehr wohl an beiden energiepolitischen Ohren ziehen können. Zum Beispiel mit den horrenden Gewinnen der BKW, welche im letzten Jahr rund 332 Millionen Franken betrug, nach Abzug von Abschreibungen in nahezu gleicher Höhe. Ein schöner Teil davon aus dem Verkauf von rund 780 Millionen Kilowattstunden BKW-Strom aus Walliser Wasserkraftwerken (Grande Dixence, Mauvoisin, Electra Massa, Gommerkraftwerke,

Mattmark und Lienne). Wenn man pro Kilowattstunde eine Marge von 4 Rappen einsetzt, dann ergibt das rund 30 Millionen Franken Gewinn, der bei der BKW verschwand. Die Erhöhung der Wasserzinse für denselben Strom ergibt bloss 2,34 Millionen. Die BKW kassierte also das 13-fache dieser bescheidenen Wasserzinserhöhung. Insgesamt hat die Strombranche im letzten Jahr Gewinne von rund 1,6 Milliarden eingefahren.

Gewinne aus Walliser Strom für Gaskraftwerke in Italien

Was machen die BKW, die Aare Tessin AG für Elektrizität (ATEL) oder die AXPO und deren Tochterfirma Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg (EGL) mit den Milliarden Gewinnen aus der Wasserkraft? Hier genügt ein Blick in deren Geschäftsberichte:

Zum Beispiel die ATEL ist an acht Gaskraftwerken in Italien, an zwei in der Tschechi

und an einem in Ungarn beteiligt (siehe Fotos unten). Die diesbezüglichen ATEL-Investitionen dürften die Milliardengrenze erreichen. Die ATEL produziert in diesen Gaskraftwerken im Ausland insgesamt 8760 Gigawattstunden (GWh) Strom. Zum Vergleich: Die gesamte Walliser Stromproduktion beträgt rund 10000 GWh. Im Wallis ist die ATEL an den Kraftwerken Emosson, Gougrou, Mattmark, Simplon und Electra Massa mit einem Stromanteil von insgesamt 860 GWh beteiligt.

Zum Beispiel die BKW ist an einem bestehenden Gaskombikraftwerk in Oberitalien beteiligt. Zwei weitere Beteiligungen in Italien sind geplant. Kostenpunkt: Mehrere hundert Millionen Franken.

Zum Beispiel die EGL betreibt in Italien ein Gaskraftwerk. Sechs weitere sind zur Zeit in Planung. Die EGL ist an den Walliser Kraftwerken Mauvoisin und Mattmark beteiligt.

Restwasser und Wasserzinse: Staatsrat Jean-Michel Cinas Eigentor

(ktm) Kaum hatten die Gebirgskantone an einer Medienkonferenz in Bern die Erhöhung der Wasserzinse gefordert, kam die Kritik der NZZ am Sonntag, des Tagesanzeigers und der Aargauer Zeitung: Die Gebirgskantone haben jahrelang angemessene Restwasser in den Bergbächen verhindert und davon profitiert. Und jetzt machen sie erneut die hohle Hand für mehr Wasserzinse und haben eine Fristverlängerung um fünf Jahre für die Restwasser-Sanierung erzwungen. So der Vorwurf der Zürcher Presse. Die Fakten liegen etwas anders:

- Die Gebirgskantone haben bei den Gewässersanierungen wirklich nicht gegläntzt. Im Gegenteil, sie haben es versäumt, den Strombaronen Beine zu machen, damit diese für die gesetzlich vorgeschriebenen Restwassermengen in den Bergbächen sorgen. Profitiert von der Mehrproduktion haben allerdings nicht die Gebirgskantone, sondern die Eigentümer der Walliser Wasserkraftwerke. Und das sind zu 80 Prozent die Städte und Kantone im Mittelland. Davon stand in der Zürcher Presse nichts. Hier könnte Klaus J. Stöhlker und die Walliser Antenne einmal etwas vernünftiges tun.
- Die Fristverlängerung um fünf Jahre von 2007 auf 2012 wurde nicht von den Gebirgskantonen verlangt, sondern geht auf das Entlastungsprogramm 2003 (EP 03) zurück, welches eine Folge der Motion von CVP-Nationalrat Felix Walker war. Die Motion wurde ebenfalls vom damaligen CVP-Fraktionspräsident Jean-Michel Cina unterstützt. Das EP 03 hatte einschneidende Sparmassnahmen zur Folge, unter anderem bei der Finanzierung der Restwasser-Sanierungen. Nachdem die Gebirgskantone jahrelang die Sanierungen verzögert hatten, wurden ihnen mit dem EP 03 auch die nötigen Bundesmittel entzogen. Ein weiteres Eigentor des heutigen CVP-Staatsrates Cina.



Restwasser Null: Laut Bundesamt für Umwelt (BAFU) haben 60 Prozent der Walliser Bäche nach der Wasserfassung Restwasser Null.

Kommentar:

Investitionen für Ökostrom statt für Gaskraftwerke

(ktm) Die grossen Überlandwerke rüsten in ganz Europa mit Grosskraftwerken auf. Auch in der Schweiz stehen mehrere Gaskombi- und Atomkraftwerke auf dem Reissbrett. Zudem investieren die Überlandwerke Milliarden in Pumpspeicherwerke (Emosson, Linth-Limmern, Argessa, Grimsel), welche bestens zu dieser Aufrüstung passen. Spätestens hier müssten sich BKW-Chef Rohrbach und auch die Gebirgskantone wieder Gedanken über schlaflose NAI-Nächte machen. Denn in seiner Rede in Visp hat Rohrbach verschwiegen, dass die NAI der 90-er Jahre durch die Stromschwemme und den Strompreiserfall in Folge der massiven Aufrüstung durch Grosskraftwerke entstanden war.

Übrigens kam durch diesen Preiserfall auch die Walliser Elektrizitätsgesellschaft (WEG) in finanzielle Nöte, nachdem die gelben Staatsräte Hans Wyrer und Wilhelm Schnyder den Rhowag-Deal mit der Alusuisse zu einem massiv überhöhten Preis eingefädelt hatten. In der Folge musste der Kanton 150 Millionen Franken in die WEG pumpen. Dementsprechend schwach auf den Füßen, war die WEG dann ausser Stande, die Stromproduktion der Lonza zu kaufen, so dass die Enalpin heute eine deutsche Tochtergesellschaft ist und die Walliser zähneknirschend zusehen müssen, wie im letzten Jahr stolze 20 Millionen Franken in die Taschen der Deutschen Aktionäre wanderten. Pro verkaufte Kilowattstunde Enalpin-Strom macht das 1,2 Rappen.

Über 80 Prozent der Stromwerke sind in öffentlicher Hand, welche endlich per Gesetz dafür sorgen muss, dass die Milliardengewinne nicht in die Gaskraftwerke im Ausland fließen, sondern in die Produktion von Ökostrom, die dezentrale Wärme-Kraftkopplung und die Stromeffizienz in der Schweiz.

Der Strom-Skandal: ATEL-Stromgewinne aus der Wasserkraft für klimaschädliche Gaskombikraftwerke (GuD) in Italien, der Tschechischen Republik und in Ungarn



GuD Brindisi (Italien)



GuD Chiavasso (Italien)



GuD Csepel (Ungarn)



GuD Kladno ECK (Tschechische Rep)



GuD Kladno GT (Tschechische Rep)



GuD Novel (Italien)



GuD Piacenza (Italien)



GuD San Filippo del Mela (Italien)



GuD Termica Vercelli (Italien)



GuD Turbigo (Italien)



Das Konzertereignis des Jahres

Buebetröim: Die Band der Bandleader

BRIG-GLIS – Polo Hofer, Büne Huber (Patent Ochsner), Kuno Lauener (Züri West), Freda Goodlett (Funky Brotherhood), Philipp Fankhauser, Schmid Schmidhauser (Stopp the Shoppers), Hendrix Ackle (Philipp Fankhauser Blues Band), Sina und das Swiss Jazz Orchestra treten im Pfarreizentrum in Brig auf.

VON JEAN-PIERRE D'ALPAOS

Es ist die Crème de la Crème der Schweizer Musikszene, die sich auf der Bühne mit einem 12-köpfigen Jazz-Orchester trifft; gespielt werden Hits und andere Songs mit atemberaubenden Big-Band-Arrangements aus der Schweizer Mundart- und Rock&Blues-Musikszene – gesungen von den OriginalsängerInnen; solche Ereignisse gibt es nur einmal im Leben; es ist ohne Umschweife das Konzertereignis des Jahres.

Hochkarätige Jazzmusiker und charismatische SängerInnen

In der Musikwelt gibt es kaum noch richtige Highlights oder Ereignisse. Die Musikindustrie serbelt dahin ohne Vision und Originalität, Schalk und Witz. Die kapitalistische Gier der Musikbranche wird sich selber das Genick brechen. Aber manchmal gibt es doch noch Überraschungen. Einer dieser Überraschungen ist eben dieser «Buebetröim», eine Zusammenarbeit aus

der Singer/Songwriterszene und dem Swiss Jazz Orchestra. Das Resultat ist eine CD und eine Tournee, die bereits das ganze Jahr andauert und spätestens Ende Jahr aufhört. Hier spielen hochkarätige Jazzmusiker und charismatische SängerInnen zusammen. In unvergleichlichen Interpretationen erklingen diese allseits bekannten Lieder in einem neuen Gewand, so dass ohne falsche Bescheidenheit gesagt werden kann, dass dieses Projekt die Schweizer Rock- und Popgeschichte neu schreibt.

Sina's «Daheimu» und Büne Huber's «Scharlachrot»

Einmalig und eindeutig: Ein Konzertereignis, für das bis anhin auf Schweizerboden und in der Schweizer Musikszene vergebens nach

Vergleichen gesucht werden muss. All' diese wunderbaren Musiker haben ihre eigenen Kompositionen sozusagen neu «geschrieben», eingespielt und neu interpretiert. Die Neugestaltung der helvetischen Popklassiker lassen sie spannend und grooviger erklingen. Jedenfalls haben wir Sina's «Daheimu» noch selten so leichtfüssig und Büne Huber's «Scharlachrot» kaum je mit soviel Intensität und emotionaler Tiefe gehört. Zu einem weiteren Höhepunkt gerät die Neuaufgabe des alten Schweizer Volksliedes «Stets i Truure», an welchem alle InterpretInnen beteiligt sind.

Aus humanitären und kulturellen Gründen nicht verpassen

Zustande kam dieses Ereignis dank Stephan «Gesa» Geiser,

dem Leiter des Swiss Jazz Orchestra, dem es nicht nur gelungen ist, diese Top-Musiker zu vereinen, sondern ihm ist es auch gelungen, diese Lieder neu zu interpretieren und die OriginalsängerInnen dermassen zu begeistern, dass aus diesem Projekt ein absolut lebendiges Event wird. Wer es sich anhört, wird mitgerissen und live wird ein Konzerterlebnis garantiert, bestehend aus fantastischen Solisten und Vokalistinnen – das, fast möchte man sagen, aus humanitären und kulturellen Gründen, auf keinen Fall verpasst werden darf. Das Konzert findet am Donnerstag, dem 15. November um 20.00 Uhr im Pfarreizentrum Brig statt.

WUSSTEN SIE SCHON, DASS...

... Klaus J. Stöhlker im Solde des Kantons für A. Kenzelmann Werbung macht?



Klaus J. Stöhlker

Das wird die knausrigen Verantwortlichen beim Menzis Verlag aber freuen. Schon wieder ein freier Journalist, der gratis für das CVP-Blatt schreibt. Anfangs September debütierte der Zürcher Kommunikationsberater Klaus J. Stöhlker als sogenannter «Autor» beim WB. Am Schluss des Artikels notierte er, dass er den Werbeartikel über den Gommer «Sawiri» Adolf Kenzelmann in seiner Funktion als «Leiter der Antenne Wallis in Zürich» geschrieben hat. Bekanntlich wird die Antenne durch den Kanton Wallis finanziert. Die Walliser SteuerzahlerInnen können sich also glücklich schätzen, mit ihren Steuergeldern den nicht bescheidenen WB-Journalisten Stöhlker und gleichzeitig die Gratiswerbung für den Investor Kenzelmann zu berappen. Der famose Artikel ist auch auf der Stöhlker-Homepage erschienen. Erstaunlicherweise heisst dort der Autor nicht Stöhlker, sondern Philippe Welti, PR-Berater der Stöhlker AG. Auf jeden Fall ist es jetzt höchste Zeit, dass die Geschäftsprüfungskommission und das Finanzinspektorat eine genau Prüfung der Walliser Antenne vornimmt.

... Thomas Gsponer das Institut für Wirtschafts- und Sozialfragen still beerdigt hat?



Thomas Gsponer

Still und heimlich ist das Visper Institut für Wirtschafts- und Sozialfragen (IWS) von uns gegangen. Der letzte Präsident Thomas Gsponer war gleichzeitig sein Liquidator. Dabei hatte das Institut noch vor wenigen Jahren prächtig geblüht und geknospet, dass es eine Freude war, wenigstens für jene, die davon profitierten und solange, wie der Rubel aus der Staatskasse rollte. Und in diesem Sinne ist die RA genau genommen nicht ganz unschuldig am Hinschied des hoffnungsvollen Forschungszentrums. Gsponer hatte seinerzeit die Steuerersenkungsinitiative lanciert und dabei übersehen, dass er selbst ganz kräftig am Subventionstropf des Kantonskassens hing. Unter anderem auch über das IWS, welches vor den Nationalratswahlen 2003 eine Studie über die Auswirkungen der Neat präsentierte und damit den Wahlkampf Gsponers indirekt ankurbelte. Finanziert wurde die Neat-Studie freilich über die Kantonskasse, einerseits über den jährlichen Sockelbeitrag des IWS in der Höhe von 50 000 Franken und durch einen einmaligen Zustupf von 45 000 Franken. Als die RA diese Zusammenhänge präsentierte, liess Gsponer verlauten, dass das IWS bald auf die Subventionen aus Sitten verzichten werde. Anfang 2005 war es soweit: In einem WB-Artikel erklärte Gsponer mit geschwellter Brust, dass das IWS nun kein Geld mehr von Vater Staat brauche. Wenige Monate später ging Geschäftsführer Philipp Schmid von Bord und ein Jahr danach im Mai 2006 segnete das Institut endgültig das Zeitliche. Ohne Subventionen ging den Wirtschaftsprofis die Luft schnell aus. Quod erat demonstrandum!

PHILO-AKTUELLS

Ohne Sartresche Hölle keine Moral

VON KURT MARTI

Der wahre Gentleman bohrt auch dann nicht in der Nase, wenn er nicht beobachtet wird, erklärte seinerzeit ein Philosophielehrer am Kollegium. Sein Menschenbild war unrealistisch. Die Forschungen der Soziobiologie zeigen, dass soziales beziehungsweise altruistisches Verhalten dann auftritt, wenn man beobachtet wird oder sich beobachtet fühlt. Der französische Philosoph Jean-Paul Sartre hat dazu geschrieben: «Die Hölle, das sind die anderen.» Das heisst die Blicke der anderen.

Tatsächlich wäre ohne die Sartresche Hölle gar kein altruistisches Verhalten entstanden und folglich auch keine Moral. Zum Beispiel bei den Schimpansen: Sie teilen in der Gruppe ihre Nahrung und zeigen dadurch altruistisches Verhalten. Tatsächlich handelt es sich aber um egoistisches Verhalten, denn der Altruist spekuliert auf eine spätere Gegenleistung. Doch immer lauern sogenannte Trittbrettfahrer, welche nur profitieren und sich nie revanchieren. Gegen diese reagieren die Schimpansen mit sogenannter «moralischer Aggression». Durch diese gegenseitige Kontrolle ermöglichen sie soziales Verhalten.

Evolutionenpsychologen haben in Experimenten herausgefunden, dass das menschliche Hirn ganz speziell dafür geeignet ist, Schwarzfahrer und betrügerische Regelbrecher aufzuspüren. Sie gehen davon aus, dass sich das menschliche Denken erst im Entlarven von Trittbrettfahrern entwickelt hat. Im Aufspüren ungerechter Vorteile ist der menschliche Denkapparat viel besser als im klaren logischen Denken. Diese soziale Kontrolle funktioniert überall, wo Augenpaare sind oder bloss vermutet werden. Die gegenseitige Kontrolle ist für eine hochkomplexe Gesellschaft überlebensnotwendig.

Auf der Ebene des demokratischen Rechtsstaates spricht man von der Gewaltentrennung auf der Basis von «checks and balances» (Kontrolle und Gleichgewicht). Eine zentrale Rolle spielen dabei die Medien, die vierte Gewalt. Wo dieses Kontrollsystem zerfällt, ist der grosse Bruder gleich um die Ecke.

André Gorz

Wissen als entscheidende Produktivkraft

André Gorz vertritt die These, dass die gesellschaftlich zunehmende Bedeutung von Wissen zur wichtigsten Produktivkraft geworden ist. Mit dem Wandel in den Produktivkräften sind die ökonomischen Schlüsselkategorien nachhaltig untergraben worden. In der so genannten Wissensgesellschaft kann mit den Masstäben der herkömmlichen Ökonomie nicht mehr gearbeitet werden. Die wichtigsten Kategorien – Arbeit, Wert und Kapital – müssen neu bestimmt werden. Die Umwandlung von Wissen in Kapital – in Geldkapital – ist trotz aller Kunststücke mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Das begründet auch die weltweite Diskussion über die Frage, was gesellschaftlicher Reichtum eigentlich ist, welchen Kriterien er entsprechen soll. Die Wirtschaft braucht deshalb immer mehr qualitative statt quantitative Masstäbe.

VON HILAR EGGEL

Weiterführende Literatur:

- Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus (1967)
- Der Verräter (1980)
- Abschied vom Proletariat (1980)
- Kritik der ökonomischen Vernunft (1989)
- Arbeit zwischen Misere und Utopie (2000)
- Wissen, Wert und Kapital (2004)

Lebendiges Wissen

Gorz setzt seine Analyse damit an, dass er den für die Wissensökonomie zentralen Begriff «Humankapital» zu hinterfragen beginnt. Die Ursache dafür, dass sich der kapitalistische Verwertungsprozess zunehmend an der Grösse «Humankapital» orientiert, sieht er darin, dass sich das Verständnis von Wissen im Verlaufe der Zeit geändert hat. Bei näherer Betrachtung zeigt sich nämlich, dass das, was als Wissen angesprochen wird, keineswegs gleichbedeutend ist mit formellem (Fach-)Wissen, das in Schulen und Ausbildungskursen gelehrt und erlernt wird. Die Informations- und Kommunikationstechnologien haben die nicht formalisierbaren Wissensformen aufgewertet. Was immer mehr und mehr gefragt wird, sind Kreativität, Intuition, Urteilsvermögen, Erfahrungswissen, Selbstorganisations- und Verständigungsfähigkeit. Es geht dabei gewissermassen um «lebendiges» Wissen, das seinen Träger als Individuum «betrifft» und nachhaltig verändert. Gorz meint, dass es sich um ein Wissen handelt, welches primär im Alltagsverkehr erworben wird und das Elemente der Alltagskultur in sich trägt.

Der Arbeitskraft-Unternehmer

Da Wissen zur Hauptproduktivkraft geworden ist und folglich die Produkte gesellschaftlicher Tätigkeiten kristallisiertes Wissen und nicht mehr in erster Linie kristallisierte Arbeit sind, wird es zunehmend schwieriger, den kapitalistisch relevanten «Wert einer Tätigkeit» in Zeiteinheiten zu messen. Nicht mehr die abgeleistete Arbeitszeit – also die Zeit, in der das eigene Arbeitsvermögen einer fremden Bestimmung überantwortet wird –, sondern die innere Motivation und die Identifikation mit dem Unternehmensziel sind die ausschlaggebenden Wertschöpfungsfaktoren.

Um aber den Zugriff auf den «ganzen Menschen» zu ermöglichen, müssen die Umsetzungs- und Verwertungsprozesse des Wissens derart raffiniert ausgestaltet werden, dass sie den Arbeitskräften nicht «äusserlich» erscheinen. Die erwerbstätigen Personen sollen sich mit ihrem ganzen Bewusstsein, quasi mit «Leib und Seele», mit dem «Prozess ihrer eigenen Verwurstonung» identifizieren. Dass Menschen «zu sich selbst ein Vermarktungsverhältnis einnehmen» ist letztendlich aber nur über den Weg der Auflösung des Unterschiedes zwischen Individuen und Unternehmen bzw. zwischen Arbeitskraft und Kapital

möglich. Um Arbeitnehmer in Humankapital umzuwandeln, ist es notwendig – wie Gorz schreibt – «den Druck der Verwertungslogik zu verinnerlichen. An die Stelle der Lohnabhängigen soll der Arbeitskraftunternehmer treten, der für seine Ausbildung, Weiterbildung, Krankenversicherung usw. selbst sorgt. An die Stelle der Ausbeutung tritt die Selbstausbeutung und Selbstvermarktung der «Ich-AG», von denen die Firmen profitieren.»

Die Verknappung und Kapitalisierung des Wissens

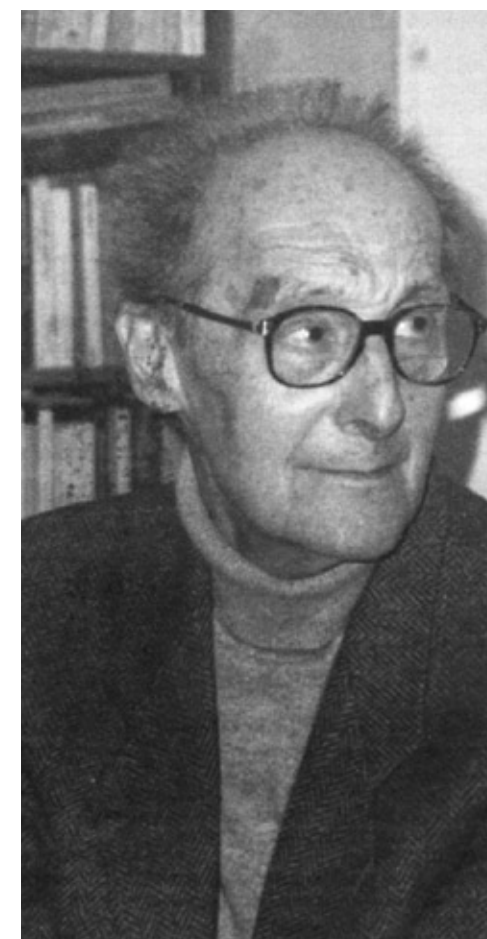
Gorz bringt nun einen weiteren Gedanken mit ins Spiel: Zwar wird die Selbstausbeutung der «Ich-AG» vorausgesetzt, doch an den Produktionsmitteln d.h. den neuen Kommunikations- und Informationstechnologien haftet eine seltsame Eigenschaft. Bisher war Wissen vor allem in Maschinen, Anlagen, Verfahren etc. vergegenständlicht. Es trat als «totes» Wissen in Erscheinung. Neu ist, dass das Wissen wie z.B. die Software praktisch kostenlos vervielfältigt und in Universalmaschinen unbeschränkt genutzt werden kann. Es kann in Millionen von Computern weiterwirken, in computergesteuerten Fertigungssystemen «arbeiten», berechnen, zeichnen, entwerfen, montieren usw. Seine Gestehungskosten sind oft nicht festlegbar, die für seine Schöpfung verausgabte Arbeitszeit ist kaum messbar. Millionen- oder milliardenfach vervielfältigt und genützt, schlagen seine ursprünglichen Kosten kaum noch zu Buch. Das gilt für alle Softwareprogramme wie auch für den Wissensinhalt von Medikamenten.

Was machen nun aber die Kapitalbesitzer, damit die Produktivkraft Wissen als Ware versilbert werden kann? Einerseits werden die Forschungsergebnisse privatisiert und ein Wissensmonopol aufgebaut. Andererseits werden mit Marketing- und Werbestrategien symbolische und ästhetische Werte erzeugt, um bereits existierende Produkte vom Markt zu fegen. Es wird also eine künstliche Verknappung geschaffen, die den gesellschaftlichen Wohlstand einschränkt. Denn von den auf den Markt geworfenen Produkten, können letztendlich nur diejenigen profitieren, die über die notwendige Kaufkraft verfügen (vgl. Aidsmedikamente). Um als Ware verkäuflich und als Kapital verwertbar zu sein, muss Wissen folglich in patentiertes Eigentum verwandelt werden, welches seinem Inhaber eine Monopolrente einbringt.

Von der Höhe der Rente, die man erwarten kann, hängt schliesslich der Kurs ab, den das Wissenskapital an der Börse erreicht.

Was ist gesellschaftlicher Reichtum?

Für Gorz ist demnach auch klar, dass das künstliche Schaffen von (Wissens-)Knappheit nicht gesellschaftlichen Reichtum schafft, sondern, dass – ganz im Gegenteil – «ein Wirtschaftswachstum, das auf der Plünderung von Gemeingut und dem Abbau des Gemeinwesens gründet, Misere statt Wohlstand hervorbringt.» Der gegenwärtig stattfindende Übergang zum Wissenskapitalismus muss deshalb zum Anlass genommen werden, um die Frage «Was ist gesellschaftlicher Reichtum» neu zu stellen. Nach Gorz muss der Reichtumsbegriff vom kapitalistischen Wertbegriff abgekoppelt werden, denn «allein eine andere Ökonomie kann die Fesseln beseitigen, die der Verwertungsdruck der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und der Entfaltung menschlicher Fähigkeiten anlegt.» Die Gesellschaft muss «sich von der abstrakten Herrschaft der Geld-Ware-Wertbeziehung befreien.»



Die Umsonst-Ökonomie

Trotz und im Bewusstsein der Macht des Kapitals spinnt Gorz seine Gedanken weiter. Unverdrossen fragt er sich, wie die nur scheinbar freiere Organisation der neuesten Kapitalverwertung zur wahren Emanzipation gewendet werden könnte. Hier werden für ihn die «Netzwerke» zentral. Nicht zuletzt dem Internet ist es zu verdanken, dass die Netzwerke an die Stelle von Befehlsketten treten konnten. Dieses vergemeinschaftete Wissen lässt sich kaum kapitalistisch beherrschen. Es wird aber zum entscheidenden Produktionsmittel. So scheint es, als werde die Basis ökonomischer Herrschaft immer prekärer. Arbeit am Computer bedeutet für Gorz, dass der Unterschied von Arbeit und Kapital tendenziell verschwindet; die Arbeitskräfte werden selbst zu Inhabern ihres eigenen «Wissenskapitals». Zwar macht man einerseits auf dieser Grundlage die Arbeiter zu scheinselfständigen Netzwerk-Unternehmern. Andererseits eröffnet dieselbe Grundlage ihnen aber auch Möglichkeiten echter Selbständigkeit. Zum Beispiel wird durch die allgemeine Digitalisierung «das Potential der Kooperationsringe unablässig vergrössert». Die Akteure der freien Softwarebewegung und die Hacker leisten «Widerstand auf dem für das Kapital wichtigsten Gebiet, nämlich der Produktion, der Verbreitung, der Vergesellschaftung und der Ausrichtung von Wissen». Für Gorz sind sie die «Dissidenten des digitalen Kapitalismus», die die «Umsonst-Ökonomie» kreativ weiterentwickeln und verarbeiten.

André Gorz wurde 1923 in Wien als Sohn eines jüdischen Holzhändlers geboren. Er verbrachte die Kriegsjahre in der Schweiz und liess sich nach Kriegsende in Paris nieder, wo er mit Jean-Paul Sartre an dessen Zeitschrift «Les Temps Modernes» und später als Redaktor bei den Zeitschriften «L'Express» und «Le Nouvel Observateur» arbeitete. Gorz setzt sich in seinen Studien kontinuierlich mit der Verwandlung der Arbeit in Ware auseinander und kritisiert die herrschende Klassengesellschaft, die alle Materie in Ware umzuformen trachtet.

Gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums

Der technologische Wandel der letzten Jahrzehnte hat gezeigt, dass die tiefgreifenden Veränderungen in der Arbeitsgesellschaft nicht nur eine Bedrohung sind, sondern auch Chancen der Emanzipation bieten. Wissen spielt im gesellschaftlichen Produktionsprozess die weitaus wichtigste Rolle. Es ist die entscheidendste Produktivkraft und lässt sich nicht monopolisieren. Es verbreitet sich durch immer erschwinglicher werdende Kommunikationssysteme wie das Internet. Moderne Fertigungssysteme eröffnen die Möglichkeit der Selbstversorgung und der selbstbestimmten Produktion.

Moderne Technologien haben die Tendenz, das Quantum an gesellschaftlich notwendiger Arbeit sehr stark und sehr schnell zu verringern. Deshalb wird deren Umverteilung umso dringlicher. Denn nur sie kann verhindern, dass eine Minderheit von Fachkräften die abnehmende Menge der erforderlichen Arbeiten in Beschlag nimmt, sich selbst zur technokratischen Kaste der allein Kompetenten erhebt und die Mehrheit der Bevölkerung zur Abhängigkeit verurteilt.

Gorz plädiert für ein bedingungsloses und ausreichendes Grundeinkommen für jede und jeden. Für ihn ist diese Forderung die vorrangige Bedingung für eine Gesellschaft vielfältiger Tätigkeiten. Gorz stellt unmissverständlich fest: «Das bedingungslose soziale Grundeinkommen verweist letztlich auf eine Gesellschaft, in der die Notwendigkeit der Arbeit sich als solche nicht mehr bemerkbar macht, weil jeder von Kindheit an von einer Fülle künstlerischer, sportlicher, wissenschaftlich-technischer, kunstgewerblicher, politischer, philosophischer, ökosophischer und kooperativer Aktivitäten beansprucht und mitgerissen wird. Es ist ein Hinweis auf eine Gesellschaft, in der die Produktionsmittel und die Mittel zur Selbstversorgung allen jederzeit zugänglich sind wie heute schon die Datenbanken und die Telearbeitsmittel.»

Das garantierte Einkommen kann also nicht mehr auf dem «Wert» der Arbeit gründen, noch als Bezahlung der Anstrengungen konzipiert werden. Seine wesentliche Funktion besteht darin, an alle Mitglieder der Gesellschaft den gesellschaftlichen Reichtum zu verteilen, der aus den Produktivkräften der Gesellschaft insgesamt und nicht aus der Addition individueller Arbeiten resultiert.

Von einer gerechteren Wissensgesellschaft kann erst dann die Rede sein, wenn sich die Wirtschaft nach gesellschaftspolitischen, ökologischen und kulturellen Zielen und nicht nach dem Imperativ der Waren- und Kapitalverwertung richtet.

Hilar Eggel

AGENDA: Wohin frau/man geht...

Unwält-Agenda

www.umwelt-oberwallis.ch

Sonntag, 30. September 2007

Wasserkraft im Pfywald

Exkursion mit Roland Kuonen und Alain Bregy (zweispachig); Besammlung um 14:00 Uhr beim Bahnhof Leuk

Sonntag, 7. Oktober 2007

Der Dachs im Pfywald

Exkursion mit dem Team Pfy-Finges; Besammlung um 18:00 Uhr bei der Ermitage im Pfywald

Samstag, 13. Oktober 2007

Wintergäste am Bodensee

Organisator: Natur- und Vogelschutzverein Oberwallis; Zweitägige Exkursion (Samstag/Sonntag).

Sonntag, 21. Oktober 2007

Vergängliche Naturkunst

Exkursion mit Anne-Lise Bourgeois (zweispachig); Besammlung um 14:00 Uhr bei der Ermitage im Pfywald

Sonntag, 28. Oktober 2007

Schnäggudoru

Exkursion mit dem Team Pfy-Finges (zweispachig); Besammlung um 14:00 Uhr bei der Ermitage im Pfywald

Sonntag, 4. November 2007

Geologie des Pfywaldes

Exkursion mit Rachel Mazzucco (zweispachig); Besammlung um 14:00 Uhr bei der Ermitage im Pfywald

KELLER THEATER BRIG

Freitag, 28. September, 20.30 Uhr

Hirsute; Jazzland VS

Freitag, 5. Oktober, 20.30 Uhr

Theater Klappsitz; Bertold Brecht: Flüchtlingsgespräche

Freitag, 12. Oktober, 20.30 Uhr

Knuth und Tucek: Auch das noch!

Hochtheatralische Erzählkunst mit gewaltig weiblicher Satire und barbarischer Musikalität. Politisch!

Samstag, 13. Oktober, 20.30 Uhr

LILA; Free funk Jazz und andere Unge-schminktheiten

Samstag, 3. November, 20.30 Uhr

Different Moods Tour 07; Exciting trip among different cultures; 12 Musiker aus fünf Ländern – traumhafte Songs und feurige Rhythmen

Freitag, 9. November, 20.30 Uhr

Andreas Thiel: Politsatire 2 (mit les Pa-pillons); Der Meister des verbalen Floretts sticht wieder zu.

Freitag, 16. November, 20.30 Uhr

Le «4teb» d'Antoine; Jazzland VS

Freitag, 23. November, 20.30 Uhr

MiNa; playground princess

Sonntag, 25. November, 17.00 Uhr

Salto & Mortale und ThiK – Mad & Bad & Shuterland; Die Geschichte von zwei Schweizern im Ausland, die seit Jahr und Tag in einer Geisterbahn in New Castle arbeiten.

Simplonforum

Die Vorträge finden jeweils um 18.00 Uhr im Restaurant Simplon in Naters statt.

26. September 2007

Andreas Gross; Wie kommen wir zu einem Bundesrat ohne SVP und Christoph Blocher?

6. November 2007

Peter Eyer; Gewalt unter Jugendlichen und in der Schule

22. November 2007

Willi Eberle; Kritik der politischen Ökonomie der Schweiz

13. Dezember 2007

Christian Zeller; Die Macht der Global Players

«BergBuchBrig»

25. bis 28. Oktober 2007

Eine Ausstellung mit über 1000 Buch-Neuerscheinungen, in verschiedenen Sprachen, aus rund 30 Ländern. Die Veranstaltung in Brig wird ergänzt durch ein viertägiges Rahmenprogramm mit Filmen, Bildprojektionen, Lesungen, Vorträgen und Gesprächsrunden. Dabei geht es um Natur, Kultur und Freizeit in den Bergen. Weitere Informationen: www.bergbuchbrig.ch.

Fiesta Ecuatoriana

6. Okt. 2007, alter Werkhof in Brig, ab 18.30

Benefiz-Konzert für eine Krankenhaus in Cabo San Francisco
Zum 5. Mal bietet sich die Gelegenheit Musik zu hören, zu tanzen oder einfach nur ecuatorianisches Essen bei einem Glas Wein zu geniessen mit Live-Musik: Los Yukas, kubanisch, spanisch und schweizerische Musiker bieten heisse Klänge. Der Ertrag kommt wie die letzten Jahre voll und ganz der Fondation Cabo San Francisco zu Gute. Spendenkonto 17-770201-6.

El Kino (Rest. De La Place)

Freitag, 5. Oktober, 20.00 Uhr

Tod eines Bürokraten (Cuba)

Freitag, 2. November, 20.00 Uhr

Fahrstuhl zum Schafott (Frankreich)

Freitag, 7. Dezember, 20.00 Uhr

Bombon, el perro (Argentina)

KINO ASTORIA, VISP: «Der besondere Film»

Montag, 24. September, 20.30 Uhr

Away from Her

Montag, 1. Oktober, 20.30 Uhr

Shut Up & Sing

Montag, 8. Oktober, 20.30

Vier Minuten

Montag, 15. Oktober, 20.30 Uhr

Goodbye Bafana

DICKE EIER:

Pensionskassen-Skandal: Justiz schont die WKB

Zuerst schafften es die CVP-Laufburschen im Grossen Rat, dass die Rolle der Walliser Kantonalbank (WKB) im Pensionskassen-Skandal ausgeklammert blieb. Die PUK begnügte sich damit, längst Bekanntes aus den Artikeln der RA wiederzukäuen. Weiterbohren war offenbar verboten. Nun liegt die Anschuldigungs-verfügung des Untersuchungsrichters Nicolas Dubuis vor. Ignace Rey, der Präsident der Lehrpensionskasse, sowie der Financier Peter Geibel und der langjährige WKB-Mitarbeiter Philippe Herzog befinden sich in seinem Visier. Von den Verantwortlichen in der WKB-Chefetage keine Spur. Dabei war die WKB-Generaldirektion über die riskanten Finanzmanöver ihres Angestellten Herzog frühzeitig im Bilde. Unternommen hat sie nichts. Stattdessen erhielt Herzog ein Super-Zeugnis zu seinem Abgang und konnte damit weitere Millionen in den Sand setzen. Die Verwaltungskommission der Lehrpensions-kasse liess im letzten Jahr einen ausführlichen Bericht von der Beratungsfirma ECOFIN zur Rolle der WKB erstellen und schickte diesen an die Adresse des Untersuchungsrichters. Ohne Erfolg. Die WKB und die CVP sind schon fast am Ziel. Einmal mehr haben sie einen Skandal auf wenige Sündenböcke reduziert.

Benno Tscherrigs Rücktritt: Keine Tränen

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel trat insie-me-Präsident Benno Tscherrig im vergangenen

Juni zurück. Über seine Rücktrittsgründe kur-sieren seither mehrere Varianten. Angesichts der Prozessfreudigkeit des Zurückgetretenen verzichten wird vorläufig auf eine Kommentie-rung. Unseres Wissens war sein Rücktritt von keinen Tränen begleitet. Was die tatsächlichen finanziellen Einsparungen seiner Rosskur an-belangt, wäre es sicher von Vorteil, wenn ein-mal die Geschäftsprüfungskommission oder das Finanzinspektorat sich über das Dossier beugen würde.

Der Abt und die Abzocker: Vasella als Vorbild für die Klosterschule?

Die guten Beziehungen des langjährigen Ober-gestler Gemeindepräsidenten Hans Hallenbar-ter mit dem Abt Martin Werlen sind bekannt. Offenbar hat es der vortreffliche Geldsammler Hallenbarter nicht geschafft, genügend Geld für die Sanierung des Klosters und der Kloster-schule herzuzaubern. So stieg Werlen ein paar Etagen höher und engagierte noch hochkarä-tigere Geld-Eintreiber. Zum Beispiel Novartis-Chef Daniel Vasella, Roche-Chef Franz Humer und den ehemaligen CS-Chef Rainer E. Gut. Kein schlechter Zug für die klösterlichen Schat-tullen. Schlecht hingegen für die katholische Moral. So jedenfalls sieht es die Katholische Volkspartei (KVK), welche es nicht verstehen kann, dass die Abzocker der Nation das Klo-ster retten sollen. Laut KVK widersprechen die Abzockersaläre der Herren Vasella und Humer der katholischen Soziallehre. Für die Zöglinge der Klosterschule könnten diese Abzocker kein Vorbild sein.

Rote Anneliese – Die kritische Oberwalliser Zeitung

- Ich bestelle ein RA-Abo für Fr. 50.–
- Ich verschenke ein RA-Abo für Fr. 50.– (Rechnung an mich)
- Ich bestelle ein Jugendabo zum halben Preis von Fr. 25.–

Name/Vorname
Strasse
PLZ/Ort

Geschenk-Abo an:

Name/Vorname
Strasse
PLZ/Ort



Talon bitte Ausschneiden und senden an: Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig oder per E-Mail: rote.anneliese@rhone.ch

ZI-TÄTER:

«Kurz unterhalb des Gipfels musste ich mich von meinen schon seit Stunden geplagten WC-Anzeigen erlösen. Danach gings mir noch besser.»

Kilian Volken, Himalaya-Stürmer I

Rote Anneliese: Auch wir Zuhausegebliebenen mussten während der Abwesenheit Volkens ab und zu mal aufs Klo. Leider haben wir es ver-säumt, dieses Event dem WB mitzuteilen.

«Lieber Otto G. Loretan, die Freisinnigen haben bei der Swissair ein Loch von 14 Milli-arden hinterlassen. Das Loch, das du in Leu-kerbad geschossen hast, ist 50 Mal kleiner.»

Art Furrer, WB-Kolumnist

Rote Anneliese: Liebe Vreny Spoerry, im Ver-gleich zu den Schwarzen Löchern ist das Swis-sair-Loch, das Sie und ihre freisinnigen Freunde geschossen haben, ein Pappentstiel.

«Vor allem viel Schlaf ist wichtig.»

Alberto Bigon, Trainer des FC Sitten

Rote Anneliese: Haben die Sittener Stürmer den Trainer falsch verstanden?

«Obwohl ich die Einheimischen-Sprache nicht beherrsche, ist es sehr interessant, wie ich mit den Eingeborenen gut auskomme.»

Kilian Volken, Himalaya-Stürmer II

Rote Anneliese: Die Eingeborenen aller Länder sprechen eigentlich alle dieselbe Sprache.

«Die Leute dort verbrennen leider viel Plastik. Das ist schon extrem.»

Lisa Eggs, Weltenbummlerin und Künstlerin, fliegt jeden Herbst mit dem Flugzeug nach Indien

Rote Anneliese: Wenn die Inder nicht so viel Plastik verbrennen würden, könnten die KünstlerInnen Europas getrost zwei Mal im Jahr nach Indien fliegen.

«1. Niemand kann das Kantonsbürgerrecht erwerben ohne gleichzeitig Bürger einer Ge-meinde des Kantons zu sein. 3. Das einem Ausländer oder Schweizerbürger erteilte Gemeindebürgerrecht kann nur nach Er-teilung des Kantonsbürgerrechtes erworben werden.»

Kommission Gesetz über das Walliser Bür-gerrecht

Rote Anneliese: Hier haben wir ein sehr schönes Anschauungsbeispiel für die Folgen der Ein-steinschen Relativitätstheorie im Alltag. Was in einem Inertialsystem gleichzeitig erscheint, findet im anderen nacheinander statt.

WIDERSPRUCH

Beiträge zu sozialistischer Politik

52

Ungleichheit, Ausgrenzung und soziale Gerechtigkeit

Globale Ungleichheit; Neue Klassengesellschaft, soziale Spaltung, Prekarität, Geschlechterfrage; Neue Unterschicht, Klasse der Lohnabhängigen, Streiks und soziale Kämpfe; Frauen und Pflegearbeit; Schulische Selektion, Lebenslanges Lernen; Agrotreibstoff gegen Ernährungssouveränität

E. Altvater, K. Dörre, I. Lenz, R. Levy, D. Oesch, W. Eberle / H. Schächli, V. Pedrina / H. Hartmann, G. Notz, E. Hug, I. Langemeyer, R. Sonderegger

Grundeinkommen / Mindestlohn

A. Gorz: Seid realistisch – verlangt das Unmögliche
M.R. Krätke: Grundeinkommen - Sozialstaatsersatz
A. Rieger / H. Baumann: Mindestlohnpolitik
A. Sirmoglu / P. Streckeis: Kapitalistische Utopie?
W. Vontobel: Rettet die Marktwirtschaft!

236 Seiten, Fr. 25.– (Abonnement Fr. 40.–) zu beziehen im Buchhandel oder bei WIDERSPRUCH, Postfach, 8031 Zürich Tel./Fax 044 273 03 02 vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

Neue Runde im jahrzehntelangen Streitfall zwischen den Krankenkassen und Chefarzt Stephan König

Wer ist hier der «Tricheur»?

BRIG/SITTEN/LUZERN – Das Bundesgericht hat im jahrzehntelangen Streitfall zwischen dem Krankenkassenverband santésuisse und dem Briger Kinderarzt Stephan König ein vorläufiges Machtwort gesprochen und dessen Ablehnungsbeschwerde gegen ein Mitglied des kantonalen Schiedsgerichtes abgewiesen. Bekanntlich fordert santésuisse rund 600 000 Franken von König zurück.

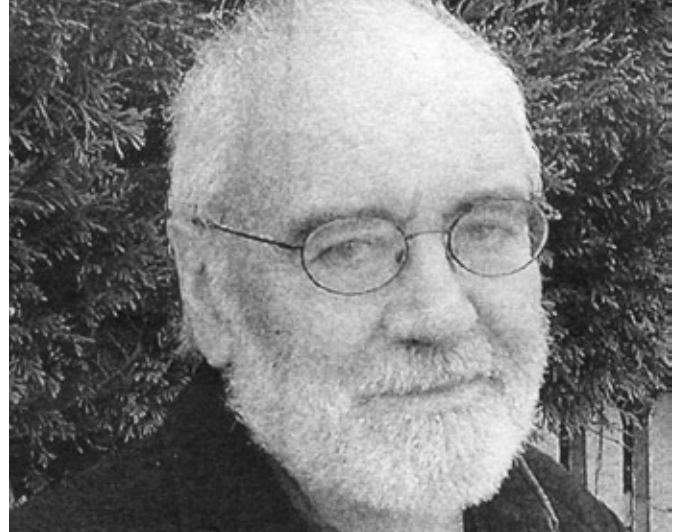
(ktm) Vor zwei Jahren berichtete die RA über den Streit zwischen 70 Krankenkassen – vertreten durch den Verband santésuisse – und dem Briger Kinderarzt Stephan König, Chefarzt Pädiatrie am Spitalzentrum Oberwallis. Santésuisse forderte von König rund 600 000 Franken zuviel kassierter Vergütungen zurück. König dementierte die Höhe des Betrages und erklärte, er habe angenommen, die Sache sei längst erledigt. Ganz anderer Meinung war Kantonsrichter Hermann Murmann, der Präsident des zuständigen Schiedsgerichtes

und stellte einen Entscheid auf den Herbst 2005 in Aussicht.

Entscheid noch vor Ende des Jahrzehnts?

Seither engagierte König einen tüchtigen, ausserkantonalen Anwalt. Nachdem sich dieser durch die Harassen von Akten gekämpft hatte, erhob König ein Ablehnungsgesuch gegen ein Mitglied des kantonalen Schiedsgerichtes, konkret gegen den Präsidenten des Walliser Ärzteverbandes. Dieser habe ihn in einem Zeitungsinterview als «tricheur»

bezeichnet. Das Gesuch wurde vom Präsidenten des Schiedsgerichtes abgewiesen. Dagegen erhob König Beschwerde ans Bundesgericht. Im vergangenen Juni lehnte das Bundesgericht die Beschwerde mit der Begründung ab, dass die Äusserung «tricheur» nicht erwiesen sei. Zudem lasse die Kritik von König den Vorwurf des «tricheurs» nicht als offensichtlich unrichtig erscheinen. Der Präsident des Walliser Ärzteverbandes habe den «tricheur» nicht auf König persönlich bezogen, sondern auf den Eindruck, den die



Chefarzt Stephan König: Ein Mitglied des Schiedsgerichtes abgelehnt.

Ärzteschaft gesamthaft beim Publikum hervorrufe. Nach dem Machtwort des Bundesgerichtes liegt nun der Ball wieder beim kantonalen Schiedsgericht. Das Verfahren begann Mitte der 90-er

Jahre und es ist sehr schwer vorstellbar, dass es noch in diesem Jahrzehnt sein Ende findet. Bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung gilt für König die Unschuldsvermutung.

DER HEITERE SCHLUSSPUNKT:



Die Walliser Antenne auf Sendung.

**ROTE
ANNELIESE**

AZB 3900 Brig • NR. 199 / SEPTEMBER 2007

Bitte Adressänderungen melden bei:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis